

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Der Reichsarbeitgeberverband als Bremskloß

II. (Schluß.)

Wiel bemerkenswerter noch als der in Nr. 18 der „Gewerkschaft“ veröffentlichte erste Brief der Geschäftsstelle des RAD. ist der zweite, der sich mit der Parallele über die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne beschäftigt. Es ist uns aus zahlreichen Verhandlungen bekannt, daß die Herren des Arbeitgeberverbandes allzu leicht „nervös“ werden, wenn die Arbeitnehmervertreter oder der Parteivertreter der Arbeitnehmer es „wagt“, solche Parallelen zu ziehen. Das wurde in der Regel abgelehnt und für „unstatthaft“ erklärt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Gemeindegewerkschaft alle Veranlassung haben, sich auf die Parallelgruppen der beamteten Kollegenschaft zu beziehen, um bei ähnlich gearteten oder gleichen Arbeiten die Lohnbezüge nicht gar so kraß auseinandergehen zu lassen. In dem vorliegenden Fall, über dessen Einzelheiten wir im Moment nicht unterrichtet sind — vielleicht kann uns einer der Kollegen Bezirksleiter auf die Sprünge helfen —, wird trotz der grundsätzlichen „Ablehnung“ solcher Parallelen der Nachweis zu bringen versucht, als ob nun gar die Beamtengehälter tatsächlich geringer sind als die betreffenden parallelen Arbeitergruppen. Wir behalten uns vor, auf diesen Punkt in einer besonderen Betrachtung zurückzukommen, möchten aber an den zweiten Teil des Briefes, der sich auf die „Gewerkschaft“ beruft, doch noch einiges anknüpfen. Es wird nämlich dabei auf die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter hingewiesen, und zwar im entgegengesetzten Sinne, wie das von unseren Kollegen geschehen ist, die die Forderung für Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter begründeten. Man sagt nicht in der Geschäftsstelle des RAD., die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter sind zu niedrig, sondern die der Gemeindegewerkschaft sind zu hoch! Mit solchen Argumenten kann man natürlich auch in weiterer Konsequenz die Löhne der Landarbeiter als vergleichlich aufstellen! Dann ist es noch viel bequemer, die Forderung von erhöhten Löhnen zurückzuweisen. Wir müssen schon sagen, wenn die Geschäftsstelle es als ihre Aufgabe betrachtet, die Lohnverhältnisse der Gemeindegewerkschaft zu „stabilisieren“, das soll heißen jede Lohn-erhöhung abzulehnen, so wird sie bei diesem Bestreben weder einen Dauererfolg aufweisen können, noch wird die Organisation des Arbeitgeberverbandes dabei gute Geschäfte machen.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter haben ein Anrecht auf einen Lebenslohn, der vorbildlich ist für die Privatindustrie. Wenn das Reich und die Einzelstaaten das noch nicht hinreichend erkannt haben, so wird eben die Organisation da entsprechend nachhelfen müssen. In den Gemeinden sind wir ja auch nur um deswillen weitergekommen, weil unsere Organisation einen stärkeren Druck ausüben kann. Es wird uns auch hier nichts geschenkt. Die Geschäftsstelle des RAD. gibt sich

einer unglaublichen Illusion hin, wenn sie meint, durch solche abwegigen Schreiben dem Rad der Zeit in die Speichen fallen zu können. Wir drücken nun aber dieses immerhin interessante Dokument trotz seiner Länge im Wortlaut ab:

„Ich bestätige den Empfang Ihrer Anträge vom 21. März d. J., wonach der derzeitige Geldlohn von 1 Mk. auf 1,10 Mk. erhöht und für die Stadt X eine Ortszulage von 4 Pf. pro Stunde eingeführt werden soll. Ebenso habe ich davon Kenntnis genommen, daß Sie eine Veränderung der Staffellung der Lohngruppe III für ungelernete Arbeiter wünschen.

Ihrem Wunsche, einen Verhandlungstermin festzusetzen, kann ich erst entsprechen, wenn die Mitgliedsstädte sich zu Ihren Anträgen geäußert haben. Ich darf aber heute schon mitteilen, daß Ihre Anträge nicht nur allgemein außerordentlich überrascht haben, sondern als unverständlich bezeichnet werden müssen. Es wurde in den Kreisen des Vorstandes allgemein angenommen, daß die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter, insbesondere aber deren Vertreter sich der drückenden Lage, in der sich zurzeit die Gemeinden befinden, nicht verschließen und deshalb von der Stellung neuer Forderungen in diesem Jahr Abstand nehmen.

Nach dem Stand vom 20. März d. J. sind im Bezirk 53 254 Arbeitslosenunterstützungsempfänger, 6567 Krifenunterstützungsempfänger und 22 794 Sonderfürsorgeempfänger vorhanden, es werden also von den bezirklichen Arbeitsämtern 82 635 Personen be-

treut. Dazu kommen noch die in die vielen Laufende gehenden Wohlfahrts-erwerbslosen, für die die Gemeinden ungeheure Opfer bringen müssen. Hinzu kommt, daß nicht nur im Reich, sondern auch im Bezirk immer mehr Betriebe hinsichtlich ihrer Belegschaft zurückgehen und teilweise geschlossen sind, ganz zu schweigen. Angesichts der immer noch im Sinken begriffenen Gesamtwirtschaftslage und den noch nicht zu überschenden Auswirkungen der Reichstag unterbreiteten Bedungsgeße auf die Gemeindefinanzwirtschaft, insbesondere aber auch angesichts der Entwicklung der Gemeindegewerkschaftslöhne gegenüber den Löhnen vergleichbarer Arbeitergruppen in der Privatwirtschaft, bei der Reichsbahn und der Reichspost sowie in den Reichs- und Staatsbetrieben können die Gemeinden sich unmöglich dazu entschließen, neue Lohnerhöhungen zu bewilligen.

Außer dem Hinweis auf die gesamte wirtschafts- und finanzpolitische Lage des Reiches, die die Gemeinden zwingt, bei jeder ihrer Maßnahmen die größte Vorsicht walten zu lassen, gestatte ich mir im einzelnen zu Ihren Forderungen noch das Folgende zu sagen:

Ihrer Auffassung, daß die zurzeit bestehenden Beamtengehälter der Bes.-Gr. II-VI eine Erhöhung der Arbeiterlöhne rechtfertigen, muß ent-

Gas

Wie es flammt und wie es spricht:
Bisshend es dem Rohr entwischt:

Das Gas!

In der Küche, mollig warm:
Staunt der liebe Rinderschwarm:
Die tanzende Flamme!

Und im Gastwert: hoitritu:
Feizer, halt die Türen zu:
Schwelende Kohle!

Gasometer: riesengroß:
All das Gas in seinem Schoß:
Welche Kraft!

Auf der Grube: Raderschnarren:
Und die Förderseile surren —
über der Tiefe!

Drunten: wie im Höllenschlund
Atmet heiß des Bergmanns Mund:
Großes Entgasen!

Heute Kohle: einstens Wald:
Palmen unterm Sonnenball:
Vor Millionen Jahren!

Max Dorn

schieden entgegengesetzt werden. (!) Die von Ihnen vorgelegten Vergleichstabellen sind zur Beurteilung der Löhne für die Gemeindearbeiter völlig unbrauchbar. Sie haben den Bezügen der außerplanmäßigen Beamten in allen fünf Dienstjahren nur den Lohn der 21- bis 24-jährigen Arbeiter gegenübergestellt; dem Gehalt im fünften Dienstjahr muß der Lohn eines Arbeiters über 24 Jahre gegenübergestellt werden. Weiter haben Sie die Bezüge der außerplanmäßigen Beamten nach den für Verheiratete geltenden Sätzen mit dem Zuschlag für ein Kind, den Lohn der gegenübergestellten Arbeiter aber nur nach den Sätzen für Ledige ohne Hausstands- und Kinderzulage berechnet. Das Gehalt für die außerplanmäßigen Beamten ist daher von Ihnen um 400 Mk., zum Teil bis 500 Mk. zu hoch angegeben. Außer Betracht gelassen haben Sie in Lohngruppe I bis III die Vorarbeiterzulage. Die Besoldungsgruppe zu VI kann unmöglich zum Vergleich mit den Arbeiterlöhnen herangezogen werden.

Gegenüber den von Ihnen vorgelegten Tabellen stelle ich fest:

In einer Sitzung der gemeindlichen Körperschaften wurde von verschiedenen Seiten erwähnt, daß das Einkommen der unteren Beamten niedriger sei als das der Arbeiter. Es liegen sogar Anträge vor, die verlangen, daß bestimmte Beamtengruppen wie die Arbeiter bezahlt werden sollen. Weiter muß jeder Arbeiter in X, der nach langjähriger Tätigkeit in das Beamtenverhältnis überführt wird, eine Erklärung unterschreiben, daß er davon Kenntnis genommen hat, daß nunmehr sein Einkommen niedriger ist als im Arbeiterverhältnis. Aus diesen Tatsachen geht ohne weiteres hervor, daß Ihre Auffassung, die Beamten der unteren Besoldungsgruppen seien besser gestellt als die Arbeiter, jedenfalls auch von Vertretern der Arbeiter in den gemeindlichen Körperschaften von jeher nicht geteilt wird. Es kommt jedoch nicht darauf an, welche Auffassung von den einzelnen Organisationen der Arbeiter und Beamten vertreten wird, sondern was richtig ist. Wie in X, dürften die Verhältnisse in allen übrigen Städten des Bezirkes liegen, und es können in vorliegendem Falle weder die Arbeiterlöhne gegen die Beamtengehälter, noch die Beamtengehälter gegen die Arbeiterlöhne ausgespielt werden.

Wenn man ein richtiges Urteil über die derzeitige Höhe der Gemeindearbeiterlöhne im Bezirk gewinnen will, so wird man vergleichen müssen mit den Löhnen der in Frage kommenden Privatindustrie und nicht zuletzt auch mit den Löhnen der Arbeiter der Reichsbahn, der Reichspost und in den Reichs- und Staatsbetrieben. Nach einem mir vorliegenden Verzeichnis haben die Löhne der Gemeindearbeiter im Bezirk den höchsten Stand von ganz Deutschland erreicht. Diese Darstellung stimmt vollkommen mit der Darstellung in Nr. 12 der „Gewerkschaft“, dem Organ des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, vom 22. März d. J. (Seite 299/300) überein. Nur die Metallarbeiterlöhne in X sind in der Aufstellung Ihrer Zeitung um 26 Pf. zu hoch angegeben. Auf Seite 298 der obengenannten Zeitschrift wird die Frage aufgeworfen, warum die Löhne der Reichsarbeiter so ungenügend seien und darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung sich nicht dazu verstehen könne, bei Bemessung der Löhne für die Reichsarbeiter die Löhne der Arbeiter in den Gemeindebetrieben zum Vergleich heranzuziehen. Es ist auch bekannt geworden, daß Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung und preussischen Regierung über Erhöhung der Löhne darauf hingewiesen haben, daß die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter erheblich, zum Teil bis zu 34 Pf., unter den Gemeindearbeiterlöhnen liegen, und es besteht kein Zweifel darüber, daß durch solche Hinweise die Auffassung bei den Reichsbehörden verstärkt wird, daß trotz der schweren Zeit die Gemeinden noch immer aus dem Vollen schöpfen können und deshalb die Ueberweisungen aus den Reichssteuern sehr wohl gekürzt werden können.

Zu der Annahme, daß auch Sie sehr großes Interesse an dem Wohlergehen der Gemeinden und ihrer Betriebe haben müssen und deshalb auch bereit sind, auf die derzeitigen drückenden Verhältnisse in den Gemeinden Rücksicht zu nehmen, bitte ich Sie, Ihre Anträge noch einmal mit Ihren Vertretern unter Berücksichtigung der von mir vorgetragenen Gesichtspunkte zu überprüfen. Wenn Sie bei Erwägung der drückenden wirtschafts- und finanzpolitischen Verhältnisse zu dem Ergebnis kämen, Ihre Anträge zurückzuziehen, könnten Sie versichert sein, daß Sie nicht nur den Gemeinden einen großen Dienst erweisen, sondern daß das Ansehen der die Gemeindearbeiter vertretenden Organisationen wesentlich gestärkt würde. Jedenfalls wäre es für beide Teile sehr vorteilhaft, wenn das jetzt bestehende Lohnabkommen bis zum Abschluß des laufenden Wirtschaftsjahres verlängert würde.

Nach unseren Vorbemerkungen bliebe nach diesem Erguß wenig zu sagen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß unsere gesamte Kollegenschaft, ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte, klar erkennt, welche Absichten die Geschäftsstelle hat. Sie will als Bremskloß wirken in der unaufhaltsamen Bewegung zum sozialen Aufstieg, den wir mit Hilfe unserer Organisation haben. Aber der Versuch der Geschäftsstelle arbeitet mit untauglichen Mitteln. Das ist gut so; denn die famose Rechnung des Herrn Dr. Sternberg-Rasch ist grundfalsch. Mit gering gehaltenen stabilisierten Löhnen wird einmal die Arbeiterchaft im modernen Produktionsprozeß der Gemeinde- und Staatsbetriebe nicht voll leistungsfähig sein. Darunter würden also auf die Dauer die Betriebe selbst schwer leiden. Zum

ändern erfordert gerade der mehr und mehr mechanisierte und maschinisierte Betrieb eine geistig bewegliche Arbeiterchaft, die ein Interesse am Wohlergehen des Betriebes hat. Wir sind seit langem bemüht (das beweist u. a. auch unsere neu ausgestaltete Zeitschrift „Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe“ sowie die letzten zwei Jahrzehnte unseres eigentlichen Verbandsorgans „Gewerkschaft“), unseren Kollegen ins Bewußtsein zu hämmern, daß öffentlich-rechtliche Betriebe für die Allgemeinheit arbeiten und daß wir verpflichtet sind, nach bestem Wissen und Können in diesen Betrieben unsere Arbeit zu leisten. Dazu ist aber erforderlich, daß ein gewisses Existenzminimum gewährleistet wird, damit nicht die unmittelbaren Sorgen auf den einzelnen so stark wirken, daß die Arbeitsfreudigkeit darunter notgedrungen leiden muß. **Arbeitsfreudige Menschen sind nur in Betrieben zu finden, die in bezug auf Lohn und soziale Gestaltung des Arbeitsrechts vorbildlich sind!** Darum ist die Geschäftsstelle des RAD. auf völlig falschem Wege.

Aber auch volkswirtschaftlich gesehen, widerspricht die Tendenz dieser Briefantworten der Geschäftsstelle aller neuzeitlichen Erkenntnis in wirtschaftlichen Dingen. Bleibt der Lohn niedrig gehalten, also stabilisiert, so kann die Kaufkraft der Arbeiterfamilien nicht steigen. Das hindert dann wieder die verstärkte Absatzmöglichkeit und wirkt in letzter Linie hemmend auf die Produktion. Endresultat: große Arbeitslosigkeit. Nachdem Ford, der reichste Mann der Welt, seit einem kleinen Menschenalter, jedenfalls seit mehr denn zehn Jahren in allen seinen Schriften betont hat, daß Steigerung des Lohnes und möglichste Niedrighaltung des Preises des Produkts die Konsumkraft der Massen steigern und die Produktion am stärksten ankurbeln, ist dieser Satz auch allmählich eingedrungen in die deutsche Volkswirtschaftslehre. Nachdem die ungeheure Produktivität der entwickelten Maschinenteknik es mit sich gebracht hat, daß heute das Zehn-, ja das Zwanzigfache produziert werden kann, haben wir vielfach in der Großindustrie einen Produktionsapparat, der noch nicht voll ausgenutzt wird mangels Bestellungen, oder anders ausgedrückt, weil der Bedarf für diese Produkte nicht vorhanden war. Er ist vorhanden! Aber die großen Massen der Konsumenten sind nicht kaufkräftig genug, um diese Produktion in Gang zu halten. Sorgen wir dafür, daß wenigstens die öffentlich-rechtlichen Betriebe kaufkräftige Massen aufweisen können.

So stützen wir die Volkswirtschaft und sorgen dafür, daß die Arbeitslosigkeit sich vermindert. Alle Argumente, die dann noch künstlich eingeflochten werden, wie Reparationszahlungen, Finanznot der Gemeinden und manches andere werden sich als Scheinargumente herausstellen. Gewiß verkennen wir die Bedeutung der Reparationslasten für die deutsche Volkswirtschaft durchaus nicht. Wir sehen aber nicht ein, daß diese Lasten ausschließlich auf die breiten Schultern der darbenenden Millionenmassen abgewälzt werden müssen. Wir sind der Meinung, daß auch die Besitzenden sehr gut einen erheblichen Teil davon tragen können. Bezüglich der Finanzen der Stadtverwaltungen ist festzustellen, daß sie trotz des unbefriedigenden Finanzausgleichs immerhin so sind, daß die Arbeiterlöhne nicht noch wesentlich erhöht werden könnten. Dabei muß man auch in Erinnerung bringen, daß heute infolge der Rationalisierung und Maschinisierung der Betriebe die Arbeiterlöhne nicht den entscheidenden Posten bedeuten. Gerade die Werke, in denen die Mehrzahl der Arbeitenden einer Gemeinde tätig sind, sind gleichzeitig die Ueberschüßbetriebe, die auch erfreulicherweise für den sozialen Etat noch in hohem Maße in Anspruch genommen werden können. Diese Tatsachen sind nicht zu widerlegen. Es zeugt von einer Einwärtslosigkeit sondergleichen, wenn die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes sich berufen fühlt, bei allen Lohnverhandlungen als Bremskloß zu wirken.

E. D.

Wer wuchert?

Auf den Märkten hat sich in den letzten Jahren nach der Inflation eine recht merkwürdige Bewegung vollzogen. Wir sehen, daß die Preise für Agrarprodukte ständig gefallen sind. Getreide- und Viehpreise lagen zeitweise weit unter Friedensstand, während fast alle anderen Waren, in Auswirkung einer äußerst mechanischen Goldrechnung, in ihrem Preis den Friedensstand um mindestens 50 Proz. überschritten haben. Dazu kommt eine andere Erscheinung. Während die Produzenten für Agrarprodukte äußerst niedrige Preise erhalten, müssen die Verbraucher sehr hohe Preise bezahlen. Die Bewegung der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise, der sogenannten Kleinhandelspreise, ist bei den Agrarprodukten äußerst verschieden. Fallen die Erzeugerpreise für Agrarprodukte, so machen die Verbraucherpreise diesen Sturz nicht oder nur ungenügend mit. Den Verbrauchern werden Preise abgefordert, die den Erzeugerpreisen nicht entsprechen. Daraus erklärt sich zum Teil der heftige Druck auf den Reallohn. Im Grunde genommen handelt es sich bei der ganzen Bewegung um einen Teil des Kapitalneubildungsprozesses, wie er seit der Inflation in Deutschland üblich ist. Er geht vorzugsweise zu Lasten der Verbraucher und kommt dem Handel und der Verarbeitung zugute. Händler, Agenten, Metzger und Bäcker haben an dem Sturz der Getreide- und Viehpreise in den letzten Jahren schwer verdient. Die breiten Massen sind aber in einem Ausmaß ausgewuchert worden, wie wir das in der Wirtschaftsgeschichte selten erlebt haben.

Man hat viel von der Schweine- und der Rinderkrise in Deutschland gesprochen. Diese Krisen sind nicht zu leugnen und sind ein Ergebnis der Anarchie unserer kapitalistischen Wirtschaft und der notwendig gewordenen Umstellung z. B. in der Rindviehwirtschaft von der Fleischproduktion auf die Milch-erzeugung. Die Ernte 1927 konnte nur zum Teil, weil sie zu wässrig war, vermahlen werden. Sie wanderte mehr als je in die Tröge. Das bedeutete eine Vermehrung der Schweinebestände. Der Ueberschuß im Schweineangebot drückte auf die Preise und führte zum Zusammenbruch derselben. Andererseits stellt sich der deutsche Landwirt seit Jahren auf die Milchproduktion um. Dadurch werden dem Markt große Bestände zugeführt, was Abflachung der Rinderpreise bedeutet. So kam es, daß Schweine- und Rinderpreise zeitweise weit unter dem Stand von 1913 lagen. Wir bringen in unserer Tabelle eine Uebersicht über diese Entwicklung:

Jahresdurchschnitt für 50 kg in Mark

	Stallpreise	Kleinhandelspreise		Stallpreise	Kleinhandelspreise
1913 a) Rindvieh	39,4	91	1927 a) Rindvieh	38,6	123,7
b) Schweine	48,9	79,5	b) Schweine	53,7	121,2
1926 a) Rindvieh	34,5	118,7	1928 a) Rindvieh	36,3	126,1
b) Schweine	66	136,5	b) Schweine	55,7	123

Die Kleinhandelspreise machten die Bewegung der Stallpreise nicht mit. Von den Metzgern wurde also dem kaufenden Publikum ein Preis abgefordert, der nicht dem Erzeugerpreis entsprach, sondern einem weit darüber liegenden Preis. Die Aufschläge, die sogenannten Spannen, haben sich dadurch stark vergrößert. Der Sturz der Viehpreise in den Nachkriegsjahren kam dem Handel und der Verarbeitung zugute und ging zu Lasten der Konsumenten. Das kommt so recht zum Vorschein, wenn wir die Preisspannen berechnen, indem wir die Viehpreise im Durchschnitt 1913 = 100 setzen. Dann ergibt sich folgendes:

	Rindvieh	Schweine		Rindvieh	Schweine
(Preisspanne zwischen Stallpreis und Kleinhandelspreis, Viehpreis 1913 = 100)					
1913	231	162	1927	319,7	225,7
1926	344,1	206,3	1928	347,4	222,5

Von der ganzen Rinder- und Schweinekrise haben die Verbraucher gar nichts gehabt. Die Aufschläge der Händler und Metzger erhöhten sich. Mit der Preisspanne ging aber selbstverständlich auch die Gewinnspanne in die Höhe.

Eine ähnliche Bewegung hat sich beim Getreide vollzogen. Hier führten die glänzenden Ernten im Jahre 1928, verbunden mit der Ausdehnung der Getreideanbauflächen und der Leistungssteigerung pro Kopf und Hektar zum völligen Zusammenbruch der Getreidepreise. Im Juli 1928 bezahlten wir noch für 100 kg Weizen an der Berliner Börse 254,9 Mk. gegenüber etwa 200 Mk. im Jahre 1913. Der Weizenpreis ging bis zum Dezember 1928 auf 205,3 Mk. zurück. Beim Roggen liegt für dieselbe Zeit, nach Notierung der Berliner Börse, ein Preisrückgang von 259,5 auf 202,2 Mk. vor. Diefem Preisrückgang schlossen sich die Preise für Mehl und Brot nicht oder nur ungenügend an. Ueber die Preisbewegung orientiert folgende Zusammenstellung, wobei die

übliche Umrechnung in Anwendung kommt, daß 1000 kg Getreide bei einer Ausmahlung von 70 Proz. = 700 kg Mehl ergeben, und daß aus 1000 kg Weizen bzw. 700 kg Weizenmehl 775 kg Schrippen hergestellt werden.

	Juli 1928	Dez. 1928		Juli 1928	Dez. 1928
(J n M a r k)					
Weizen 100 kg . . .	245,9	205,3	Roggen 1000 kg . . .	253,5	202,2
Schrippen 775 kg . . .	620	558	Roggenmehl 700 kg . . .	350	330

Die Natur der Preisentwicklung läßt sich selbstverständlich nur erkennen, wenn man die Bewegung der Preisspanne beobachtet. Diese zeigt, gegenüber den Notizen, eine durchaus aufsteigende Bewegung. Auch hier haben sich, gerade wie beim Vieh und Fleisch, die Preisspannen stark erhöht. An dem Sturz der Getreidepreise haben nur Händler, Agenten und Bäcker verdient. An den Verbrauchern ist der Zusammenbruch der Getreidepreise spurlos vorübergegangen. Dafür folgende Zusammenstellung:

	(Preisspanne, Getreidepreise 1913 = 100)	Juli 1928	Dezember 1928
Zwischen Weizen und Schrippen		252,15	266,75
Zwischen Roggen und Roggenmehl im Kleinhandel		134,85	163,25

Diese Aufstellung bedarf keines Kommentars. Sie zeigt glatt, wie große Teile des Einkommens der breiten Massen über Wucherpreise für die bloße Ernährung festgelegt werden, ohne daß die Anspannung der Kaufkraft durch die Erzeugerpreise begründet ist. Die Schwankungen des Reallohns sind kein Zufall, sondern rühren tatsächlich aus den überhöhten Kleinhandelspreisen her. Wir haben es in dieser Festlegung der Kaufkraft mit einem äußerst wichtigen volkswirtschaftlichen Problem zu tun. Einmal erhält der Erzeuger ungenügende Preise, die sich um den Friedensstand bewegen. Dagegen muß er für seinen sämtlichen Bedarf Preise bezahlen, die gegenüber den Friedenspreisen einen Aufschlag von mindestens 50 Proz. zeigen. Das führt zu einer Kaufkraftschwächung gewisser Produzentenkreise, auf der zum Teil die schnelle Wiederholung unserer wirtschaftlichen Krisen, der gegenüber dem Krieg zurückgegangene Absatz von industriellen Waren in agrarischen Bezirken und die unbefriedigende Derfassung auf unseren Arbeitsmärkten beruht. Wie sich die Entwicklung auf den Reallohn der Arbeiterschaft auswirkt, braucht hier wohl nicht näher geschildert zu werden. Wir gestatten uns nur einen Hinweis: in der Zeit billigster Viehpreise hat in Deutschland die Fleischernährung immer noch nicht den Stand von 1913 erreicht und ist im verflossenen Jahre wieder einmal nicht unbedeutend zurückgegangen.

Welche Mittel gibt es gegen diesen Wucher? Nur eines, die Vereinfachung des Warenweges. Es ist nicht notwendig, daß der Handel an der deutschen Ernte jährlich Milliarden verdient. Diese überhöhten Zwischengewinne können für die Ermäßigung der Verbraucherpreise und für die Herstellung genügender Erzeugerpreise verwendet werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß wir endlich zu einem genügenden Zusammenarbeiten zwischen den landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften und den städtischen Konsumgenossenschaften, d. h. zur Ausschaltung des Zwischenhandels kommen. Es ist kein Zufall, daß die Stadt Dresden, wo die konsumgenossenschaftlichen Bäckereien die Brotversorgung ausschlaggebend beeinflussen, die billigsten Brotpreise in Deutschland hat. Die Frage, wie sich der Reallohn in Zukunft entwickeln wird, hängt zum guten Teil davon ab, inwieweit die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften mit den Konsumgenossenschaften Hand in Hand arbeiten können. Eine andere Bekämpfung des Wuchers gibt es nicht. Fr. Oik.

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, kann sich nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird. Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.

Aus: „Das Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels.

Das Koalitionsrecht der Staatsbediensteten in England

Seit dem Inkrafttreten des neuen Gewerkschaftsrechts hat sich die Gewerkschaftswelt öffentlich nur wenig mit der neuen Lage beschäftigt. Erstens deshalb, weil das neue Recht in politischer Hinsicht den Gewerkschaften Pflichten auferlegt, die nicht ohne Mühe und Arbeit bewältigt werden konnten, dann aber auch, weil mangels großer Streiks bis jetzt nicht erweisen werden konnte, in welchem Maße die Ausübung des Koalitionsrechts beschränkt ist. Die politische Betätigung der Gewerkschaften wird insofern beschränkt, als der seit Bestehen der Arbeiterpartei erhobene politische Extrabeitrag, der an die Arbeiterpartei abzuführen ist, nur dann eingezogen werden kann, wenn das einzelne Mitglied seine schriftliche Einwilligung hierzu erteilt hat.

Am empfindlichsten werden die Staatsbeamten und -bediensteten durch das neue Recht betroffen; sie dürfen Gewerkschaften nicht angehören, die dem Gewerkschaftsbund oder der Arbeiterpartei angeschlossen sind. Sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes mußten die Gewerkschaften der Staatsbediensteten die Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund und der Arbeiterpartei lösen. Das Koalitionsrecht besteht für Staatsbedienstete nur noch auf dem Papier. Die Gewerkschaften der Staatsbediensteten dürfen wohl, wie bisher, in wirtschaftlichen Organisationen organisiert sein, aber in keinerlei Verbindung mit der wirtschaftlichen oder politischen Arbeiterbewegung stehen. Außerdem ist es den Organisationen der Gemeindegewerkschaften untersagt, zu verlangen, daß die Gemeinden nur organisierte Arbeiter einstellen. Besonders in den Gemeinden, wo der Einfluß der Arbeiterpartei stark ist, wurde dieses Recht sehr zünftlerisch angewandt. Es kam, wie kürzlich aus einem Prozeß bekannt wurde, nicht auf das Organisieren an, man mußte einer bestimmten Gewerkschaft angehören. Die Sache verhält sich so: Ein Arbeiter eines städtischen Elektrizitätswerks wurde Mitglied einer Metallarbeiterorganisation. Laut Vertrag mit der Stadt und dem Verband der Elektriker mußte dieser Arbeiter Mitglied letzterer Gewerkschaft sein. Auf Grund eines vom städtischen Ausschuß gefaßten Beschlusses wurde der Arbeiter entlassen, der nun auf Grund des Gesetzes den Klageweg beschritt. Das Gericht entschied zugunsten des Entlassenen, der wieder einzustellen war und obendrein die Gewerkschaft auf Schadenersatz verklagen kann.

Der große Unterschied zwischen deutscher und englischer Gewerkschaftsbewegung ist der: Bestehen auch in England mehr als 1100 Verbände, so ist doch die englische Gewerkschaftsbewegung eine einheitliche, man kennt keine Trennung in der Spitze zwischen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen. Es gibt nur einen Gewerkschaftsbund. Auch kennt man keine Trennung nach Konfessionen. Es gibt weder Hirsch-Duncker'sche noch christliche Gewerkschaften. In dieser Hinsicht stellt die englische Gewerkschaftsbewegung eine in sich geschlossene Bewegung dar. Dieses glückliche Verhältnis hat das neue Gewerkschaftsrecht zerstört. Wie sich die neue gesetzliche Lage auswirkt, beweist folgender Fall: **M i s t e r H a n n o n**, konservativer Abgeordneter, stellte am 19. Dezember im Parlament an den Postminister die Anfrage:

„Stehen Beamte des Postdienstes in direkter Verbindung mit der Herausgabe oder Verbreitung der Zeitung „Die Post“, Verbandsorgan der Postarbeiter? Sind dem Minister die Schmähartikel dieser Zeitung gegen die Regierung Seiner Majestät zu Gesicht gekommen und sind die Beamten, die evtl. mit dieser Zeitung in Verbindung stehen, gewarnt worden, daß eine solche Haltung mit dem Staatsdienst im Widerspruch steht?“

Die Antwort des Ministers lautete:

„Der Redakteur besagter Zeitung steht nicht im Staatsdienst, aber nach meinen Informationen untersteht die Zeitung der Kontrolle eines Ausschusses der Gewerkschaft der Postarbeiter. Einige der angeführten Artikel haben mir vorgelegen. Irgendwelche Regulationen gibt es in dieser Hinsicht nicht, aber nach alter Tradition haben Staatsbedienstete oder auch Beamte kein Recht zur Kritik an der Regierungspolitik. Im Widerspruch mit dem Staatsdienst steht es auch, daß Bedienstete oder Beamte sich mit einer Zeitung identifizieren, die eine bestimmte politische Richtung vertritt. Bis jetzt hielt ich es nicht für nötig, Schritte zu unternehmen.“

Auf eine weitere Anfrage erklärte der Minister:

„Die Antwort war in nicht mißzuverstehende Worte gefaßt. Sie sind als Warnung gedacht, und ich hoffe, die beteiligten Kreise werden die Warnung auch verstehen.“

Als Warnung für wen? Im engeren Sinne für alle Postbeamten und Postgehilfen, im weiteren Sinne für alle Staatsbediensteten. **W. J. Brown**, Generalsekretär staatlicher Angestellter, schrieb am 11. Januar im sozialistischen „New Leader“:

„Untersuchen wir die vom Minister aufgestellten Punkte einmal der Reihe nach. Klar ist vor allem, daß durch die Regierungspolitik an sich

Staatsbedienstete und Beamte als Staatsbürger berührt werden. Treibt eine Regierung eine gefährliche Auslands politik (die doch unter Umständen zum Krieg führen kann. Der Verfasser), eine reaktionäre innere Politik, eine für die breite Masse des Volkes bedrückende Steuerpolitik, so wirkt sich das auf die im Staatsdienst stehenden Teile der Bevölkerung gerade so aus wie auf die Arbeiterklasse im allgemeinen. Auch die im Staatsdienst stehenden Teile des Volkes müssen Steuern zahlen, leiden an den Folgen einer reaktionären Politik, müssen auch im Kriege ihre Knochen feilbieten. Soll ihnen nun das Recht der freien Meinungsäußerung über diese Dinge nicht zustehen?“

Zweifellos werden die Staatsbürgerrechte der Staatsbediensteten durch das neue Gewerkschaftsrecht beschnitten. Das Recht der Kritik über eine Regierungshandlung steht ihnen nicht zu. Nach den Äußerungen des Postministers dürfen sie eine politisch orientierte Verbandszeitung nicht unterstützen. Ja, noch mehr. Die vom Minister ausgesprochene Warnung ist eine Aufforderung, zunächst an die Postbediensteten, keinem Verbandszugehörigen, der wirtschaftlich auf Kampf eingestellt ist und politisch eine unabhängige Arbeiterpolitik vertritt. Wie **W. J. Brown** in seinem erwähnten Artikel schreibt, läßt das Gesetz den Staatsbediensteten und Beamten keinen anderen Ausweg als die Werks-gemeinschaft im übelsten Sinne.

Dann noch eins. In England kennt man Staatsbeamte nach deutscher Art nicht. Es besteht nur die Civil Service (Zivilverwaltung) mit ihren Civil Servants (Staatsdiener). Wohl gibt es Civil officers (Staatsbeamte), doch gehören auch diese in die Kategorie der „Staatsdiener“. Die Staatsdiener haben wohl das direkte, nicht aber das indirekte Wahlrecht, d. h. sie können nicht gewählt werden. Der im Staatsdienst Stehende kann nicht Abgeordneter werden, da er „Diener“ des Staates ist. England kennt keine Geheimräte, Regierungsräte usw. Die Civil Servants sollen nach der ungeschriebenen Verfassung politisch neutral sein. Diese althergebrachte konstitutionelle Einrichtung wird durch das neue Gewerkschaftsrecht noch ganz bedeutend eingengt. . . .

In einigen Wochen finden die Wahlen zum Parlament statt. Alle Welt erwartet den Sieg der Arbeiterpartei. Wird er gelingen? Wenn ja, in welcher Form wird die Arbeiterregierung das bestehende Gewerkschaftsrecht revidieren?

Auf der Arbeiterpartei lastet schwere Verantwortung. Sie steht vor großen Schwierigkeiten. Wird es gelingen, die Berge reaktionären Schutts zu beseitigen? Zweifellos haben die kommenden Wahlen nicht nur nationale, sondern vor allem auch internationale Bedeutung. Mit Spannung erwartet das international organisierte Proletariat die kommenden Kämpfe unserer englischen Gewerkschaftskollegen. **B. Weingart.**

Zölle und Verbrauchsabgaben

Unter Zoll verstehen wir eine von Staats wegen auf den Warenverkehr gelegte Abgabe, die schon im Altertum üblich war. Im Mittelalter wurde das Zollsystem außerordentlich ausgebaut und auch Zölle von dem bloßen Verkehr über Brücken, Straßen usw. erhoben. Heute kennen wir in der Hauptsache Einfuhr- und Ausfuhrzölle neben den Durchfuhr- oder Transitzöllen. In Deutschland werden die ausgeführten Waren nicht verzollt, dagegen die eingeführten. In den Zolltarifen sind die Zollsätze für alle zur Einfuhr kommenden Waren enthalten. Grundsätzlich unterscheidet man Finanzzölle und Schutzzölle. Die ersteren haben keine so große Bedeutung, da sie nur einen geringen finanziellen Ertrag abwerfen. Der Sinn der Schutzzölle ist, bestimmte Gewerbegruppen (Landwirtschaft, Eisenindustrie usw.) gegen die, unter vielleicht günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen arbeitende ausländische Konkurrenz zu schützen. Der deutsche Schutz Zoll hält sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen, doch hat diese Zollart in verschiedenen Staaten nach dem Kriege eine außerordentliche Höhe erreicht. Handelspolitisch ist der Zoll ein schwerwiegender Faktor, international und volkswirtschaftlich von unserem Gesichtspunkt aus betrachtet aber, ein sehr stark umstrittenes Problem. Im allgemeinen ist man bei Zollverhandlungen mit anderen Ländern bestrebt, den Zoll für die eigenen Waren bei der Einfuhr im Ausland herabzusetzen und als Gegenleistung die Sätze für die ausländischen Produkte ebenfalls zu mildern. Schon daraus geht hervor, daß man versucht und versuchen muß, den Güteraustausch möglichst ohne weitere Belastung zu vollziehen. Dem finanziellen Standpunkt aus gesehen bringen die Zölle neben der Einkommensteuer dem Reiche die größten Einnahmen. Im Rechnungsjahr 1926/27 betrug das Aufkommen der Zölle 940,4 Millionen Mark, 1927/28 1250,8 Millionen Mark. Den größten Ertrag brachte im

Rahmen des deutschen Zollgesetzes der Getreidezoll mit rund 300 Millionen Mark, den geringsten der Zoll auf Kakao und Schokolade mit 1,8 Millionen Mark. Rund 75 Proz. der Gesamtzolleinnahmen entfallen auf Agrar-, Lebens- und Genussmittel, die restlichen 25 Proz. verbleiben den Industriezöllen.

Die Verbrauchsabgaben haben ihren Ursprung im Mittelalter. Damals war der Arzt oder Torsteher verpflichtet, von allen Waren, die in die Stadt kamen, nach bestimmten Sätzen eine Abgabe zu erheben. Das war natürlich eine verschleierte Einkommensteuer, denn mit dem höheren Einkommen stieg auch der Verbrauch. Die Schlacht- und Maßsteuern, also die Abgaben auf Fleisch und Mehl, hatten noch im vergangenen Jahrhundert in vielen Ländern eine große Bedeutung. Heute ist die Verbrauchssteuer eine Reichssteuer, die von Tabak, Getränken, Zucker usw. erhoben wird. Die Getränkesteuern erfassen den Verbrauch von Bier, Schaumwein und Mineralwasser, von dem Gedanken ausgehend, daß sie nicht unbedingt lebensnotwendige Bedeutung haben. Für das Reich stellen sie eine ganz wichtige Einnahmequelle dar, die bei der Belastung des Reichshaushalts auch jetzt wieder eine schärfere Erfassung erfahren soll. Die Biersteuer wird einmal nach Menge und Güte beim Erzeuger selbst erhoben; die Gemeinden erheben außerdem beim örtlichen Verbrauch noch einmal eine Abgabe. Im Jahre 1928 betrugen die Einnahmen 360,2 Millionen Mark, also rund 50 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Schaumweinsteuer erbrachte den Betrag von 15,8 Millionen Mark, das Spiritusmonopol dagegen, das das Reich hat, 261,0 Millionen Mark, das sind rund 15,0 Millionen Mark mehr als im Steuerjahr 1926/27.

Die Zuckersteuer wird einmal durch die Besteuerung des im Inland gewonnenen Zuckers, dann durch den Zoll auf den vom Ausland eingeführten Zucker erhoben. Der durch sie eingegangene Betrag belief sich 1927 auf 285,1 Millionen Mark, 1928 dagegen auf 224,5 Millionen Mark. Eine der ertragreichsten, aber auch fast allen gut bekannte Steuer ist die Tabaksteuer, die

im allgemeinen nach Maßgabe des Kleinverkaufspreises von allen Tabakerzeugnissen in Form der Banderolensteuer erhoben wird. Geradezu klassisch können wir hier den Steuerträger von dem Steuerzahler unterscheiden. Der Fabrikant zieht die Steuer ein und führt sie an das Steueramt ab, während der Raucher beim Kauf des Tabaks die Steuer bezahlt, die in den Verkaufspreis einkalkuliert ist. Der Ertrag der Tabaksteuer betrug im Jahre 1927 712,4 Millionen Mark, 1928 dagegen 793,9 Millionen Mark.

Die Gruppe der Aufwandsteuern, die wir mit den Verbrauchssteuern auf eine Stufe stellen können, ist nicht besonders ertragreich. Sie sind in der Regel Gemeindesteuern. Hervorzuheben ist hier zunächst die Vergnügungssteuer, die von den Unternehmern der Theater, Kinos und sonstigen öffentlichen Schaustellungen nach dem Wert der verkauften Eintrittskarten erhoben wird. Auch auf dem Wege des Pauschalbetrages an die Steuerkasse wird diese Steuer bezahlt und durch die Eintrittspreise auf den Besucher abgewälzt. Die Vergnügungssteuer brachte 1928 den Gemeinden in ihrer Gesamtheit den Betrag von 66,8 Millionen Mark.

Bei der Hundesteuer, die ebenfalls von den Gemeinden erhoben wird, macht man einen Unterschied zwischen Lughunden und Wach- und Diensthunden. Die letzteren sind von der Steuer ausgenommen; das Einkommen durch die Besteuerung der Lughunde belief sich auf 47,5 Millionen Mark.

Die übrigen noch vorhandenen und möglichen Aufwandsteuern sind von ganz geringer Bedeutung. Die noch vor Jahren besonders von den Gemeinden versuchte Durchführung einer schärferen Erfassung und Ausdehnung der Lughundensteuer ist heute wohl allgemein aufgegeben worden. Einmal ist es sehr schwer festzustellen, was als Lughund anzusprechen ist, dann aber ist in unserem heutigen armen Deutschland der Kreis der Menschen, die wirklich Lughundenbedürfnisse in größerem Umfange bekunden, doch ziemlich klein. Der Staat wird deshalb immer bemüht sein, sich durch Massenbelastung die notwendigen Mittel zu verschaffen. F r i h.

Kommunale Arbeiterdarlehnskassen

Dor bald einem Jahr hat die Stadtgemeinde Leipzig für die Arbeiter der städtischen Betriebe eine Darlehnskasse begründet. Den Anstoß dazu gab ein Antrag des Gesamtbetriebsrats. Es wurde darin hingewiesen auf das Bedürfnis für eine solche Einrichtung in der Kollegenenschaft und auf die erprobte Tätigkeit der Darlehnskasse der städtischen Beamtenschaft, die vom Rat der Stadt finanziert ist.

Als der Gedanke laut wurde, traten freilich auch Stimmen dagegen auf mit Anspruch auf Beachtung. Man fürchtete nicht sowohl das Mißtrauen einer bürokratischen Verwaltung der Kasse als besonders das unsoziale Gewand, in das der Stadtrat die Satzungen der Kasse kleiden werde. Auch sprach sich die Meinung aus, eine Darlehnskasse gefährde die im Zusammenwirken mit dem Gesamtbetriebsrat geschaffene, heute unter seiner Mitwirkung tätige Unterstützungshilfe des Personalamts, eine Hilfe, die sich zwar nur einer ganz bestimmten Art der Notfälle zuwende, nichtsdestoweniger aber eine segensreiche Arbeit leistet.

Was zu allen diesen Bedenkllichkeiten zu sagen war, ist gesagt worden. Die Kasse trat ins Leben. Das unter der Mitarbeit des Gesamtbetriebsrats zustande gekommene Werk hat alle Beforgnisse einer gewiß gutgemeinten aber allzu ängstlichen Kritik verschluckt.

Die Darlehen werden bis zum Betrage von 300 Mk. gewährt und sind längstens in 45 Wochenraten zurückzuzahlen. Voraussetzung für die Bewilligung eines Darlehns ist eine mindestens dreijährige Beschäftigung des Antragstellers bei der Stadtgemeinde und eine entsprechende Sicherheits- sowie eine Bürgschaftsleistung, welche letztere auch von der Gewerkschaft des Antragstellers erfolgen kann. Eine besondere Bedeutung nimmt die Bestimmung in Anspruch, die einem aus drei Mitgliedern des Gesamtbetriebsrats bestehenden Vertrauensauschusses die Entscheidung über alle Darlehnsanträge zuweist. Deshalb ist jeder Darlehnsantrag zunächst an diesen Vertrauensauschuß des Gesamtbetriebsrats zu richten. Den Wichtigkeit ist ferner das dem Ausschuß zustehende Recht, gegebenenfalls Ausnahmen zuzulassen, so namentlich hinsichtlich der Beschäftigungsdauer des antragstellenden Kollegen oder auch hinsichtlich der Höhe des Darlehns. Der Entscheidung des Vertrauensauschusses folgt die Entschliebung des Personalbezerntenten, die sich meistens an die Entscheidung des Ausschusses hält.

Das anfänglich vom Rat der Stadt der Darlehnskasse zur Verfügung gestellte Betriebskapital von 20 000 Mk. war gar bald verthan. Es machte sich deshalb eine Erhöhung des Kapitals auf

50 000 Mk. notwendig. Damit erst konnte die Kasse ihren Aufgaben zur Zufriedenheit der Antragsteller gerecht werden.

In fast allen Fällen werden die Darlehen begehrt zur Befriedigung selbstverständlicher Kulturbedürfnisse, zur Erneuerung oder Ergänzung des Hausrats, zur Bezahlung drückender Schulden und dergleichen notwendigen Dingen. Wenn hierzu ein besonderes Wort gesagt werden darf, so möchten wir es als ein soziales Verdienst dieser Einrichtung bezeichnen, daß sie zugleich der Anlaß wurde zur Sammlung eines wertvollen Materials, das die oft verzweifelte Lage mancher unserer Arbeiter unangreifbar bezeugt.

Es kann natürlich nie auch nur einen Augenblick die Rede davon sein, die Schaffung von Darlehnskassen für die Arbeiter der Gemeindebetriebe sei eine Angelegenheit, die in den Bereich der gewerkschaftlichen Aufgaben zu ziehen sei. Aber sicher falsch wäre es auch, zu sagen, solche Einrichtungen seien als ein soziales Uebel anzusehen. Wären sie das, dann doch wohl nur als kleineres Uebel gegenüber der grenzenlosen Ausbeutung des Arbeiters durch Abzahlungsgeeschäfte und ähnliche Kreditgeber.

Darlehnskassen, wie der in Leipzig begründeten, darf ihr moralischer Wert auf keinen Fall abgeprochen werden. Sie bieten dem Kollegen Gelegenheit zur sofortigen Bekämpfung eines plötzlich über ihn hereinkommenden Notstandes. Wer je von einem schweren materiellen Mißgeschick heimgesucht wurde, sei es in der Familie oder durch sonst welchen unglücklichen Umstand, einem Mißgeschick, dessen Beseitigung größere finanzielle Mittel erforderte, der wird die qualvollen Stunden ihrer Herbeischaffung nicht ein zweites Mal erleben wollen.

Mit der Befreiung des Arbeiters aus Wucherhänden ist aber die Daseinsberechtigung der Darlehnskassen noch nicht erschöpft. Auch in lohnpolitischen Dingen können sie unter Umständen eine ernste Rolle spielen. Wir erinnern uns, daß die Beamten gelegentlich ihrer Beförderungsreform immer wieder und mit größtem Nachdruck auf das statistische Material ihrer Darlehnskassen hinwiesen, um die starke Verschuldung der Beamtenschaft unwiderleglich zu beweisen. Die rege Inanspruchnahme ihrer Darlehnskasse diente hier den Beamten als gewerkschaftliche Waffe im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage.

Eine menschenwürdige Entlohnung erst bewahrt den Arbeiter vor der Auffassung fremder pekuniärer Hilfe im Falle einer plötzlich vor ihm auftauchenden materiellen Gefahr. Dieses große Ziel zu erreichen, wird Sache des gewerkschaftlichen Fortschritts sein.

Bei den Betriebsräten in Ostpreußen und Danzig

Angeichts der kurzen Amtsperiode der Betriebsräte taucht vor jeder Veranstaltung von Betriebsrätekonferenzen die Frage auf, ob diese am zweckmäßigsten unmittelbar vor oder erst nach der Neuwahl veranstaltet werden sollen. Für jeden dieser beiden Zeitpunkte lassen sich wichtige Momente anführen. Konferenzen vor der Neuwahl ermöglichen vor allem, die rechtzeitige Klärung von Zweifelsfragen über die Errichtung der Betriebsvertretung. Trotzdem dürfte allgemein die Abhaltung von Konferenzen nach erfolgter Neuwahl bzw. im Laufe der Amtsperiode den Vorzug haben, weil alsdann mit größerem Nutzen Fragen der Geschäftsführung sowie der Rechte und Pflichten der Betriebsräte behandelt werden können. Zu diesem Zwecke hatte die Wirtschaftsbezirksleitung Ostpreußens unseres Verbandes nach der Neuwahl der Betriebsräte mehrere Konferenzen veranstaltet. Es handelte sich darum, im Zusammenhang mit der neueren Rechtsprechung Fragen der Betriebsrätepraxis und des Arbeitsrechts eingehend zu erörtern. Redner war Kollege Weck - Berlin, der diese Fragen möglichst in Schulsform behandeln sollte.

Die erste Konferenz fand am 7. April in Allenstein statt. Alle Teilnehmer verfolgten die Darlegungen des Referenten sehr aufmerksam und beteiligten sich lebhaft an der Beantwortung von Fragen, die vom Referenten aufgeworfen wurden. Durch eigene Fragen machten sie außerdem von der Möglichkeit Gebrauch, örtliche Streitfragen klären zu lassen.

Die Konferenz in Lyck am 8. April nahm denselben Verlauf. Nur mußten leider einige anwesende Kollegen bereits nach drei Stunden wieder heimsfahren. Ein Kollege war von einem städtischen Gesellschaftsbetriebe wegen Erreichung des 65. Lebensjahres nach 29jähriger Beschäftigung gekündigt worden. Das Arbeitsgericht hatte diese Kündigung zwar als unbillige Härte erklärt, jedoch nur eine Entschädigungssumme von 300 RM. festgesetzt. In der Berufung, die gerade am Tage der Konferenz stattfand, konnte unser Verbandsvertreter Erhöhung der Entschädigung auf 1055 RM. erreichen. Verband und Betriebsräte bemühen sich nun noch um Gewährung von Ruheohn auch für diesen Kollegen.

Am Nachmittag des nächsten Tages wurde eine weitere sehr anregende Konferenz in Gumkinnen abgehalten. Diese war sehr gut besucht. Allein aus Insterburg waren 22 Teilnehmer herübergekommen. Außerdem war eine größere Zahl von Gästen anwesend. Auch Staatsarbeiter waren gut vertreten. In vierstündiger Dauer wurden in der oben geschilderten Weise die wichtigsten Fragen der Betriebsrätepraxis erörtert. Auf allen Konferenzen wurde die Schaffung von gemeinsamen Betriebsräten für die Dienststellen der Heeresverwaltung eines Orts gewünscht.

Nach einer gleichen Konferenz in Marienburg am 10. April fand am 11. April in Danzig eine gut besuchte Versammlung unserer dortigen Funktionäre und Betriebsräte statt. Für den Freistaat Danzig ist unser Betriebsrätegesetz unter der Bezeichnung „Gesetz über die Errichtung von Arbeitnehmerausschüssen“ erst mit Wirkung vom 1. Januar 1929 eingeführt worden. Unsere dortigen Kollegen haben daher erst einmal auf Grund dieses Gesetzes ihre Betriebsvertretungen wählen können. Die Bezeichnung „Arbeitnehmerausschüsse“ hat die Gesetzgebung mit Rücksicht auf die Danziger Verfassung gebraucht, die nicht die Errichtung von Betriebsräten, sondern von Arbeitnehmerausschüssen vorsieht. Im übrigen sieht das Gesetz aber ebenjoviel Arten von Arbeitnehmerausschüssen vor wie unser Gesetz Betriebsvertretungen. Wichtige Abweichungen sind, daß die Amtsperiode zwei Jahre beträgt und das Einspruchsrecht gegen Kündigung auch Arbeitnehmern der Obmannsbetriebe zusteht. Sonst stimmt das Danziger Gesetz wörtlich mit unserem Gesetz überein. Kollege Weck referierte über die Erfahrungen, die wir im Reich mit unserem Betriebsrätegesetz in neunjähriger Praxis gemacht haben.

Am Nachmittag des 13. April fand in Königsberg i. Pr. im Stadterordnetenitzungsaal eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Hier referierte Kollege Weck zunächst über „Das neue Arbeitsrecht“. Er zeigte dabei an den einzelnen Gesetzen und der Rechtsprechung, wie der Staat in der Nachkriegszeit dem Bedürfnis der Arbeitnehmer nach kollektiver Wahrnehmung der Interessen bisher Rechnung getragen habe. In einem weiteren Referat behandelte er den dem Reichstag vorliegenden „Entwurf für ein Arbeitschutzgesetz“. Dieser Entwurf sei im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat noch weiter zum Nachteil der Arbeitnehmer verschlechtert worden. Auf die Arbeitszeitbestimmungen im einzelnen eingehend, zeigte er, daß dieser Entwurf in vielfacher Beziehung eine weitere Verschlechterung des Arbeitszeitrechts

bringe und eine regelmäßige Arbeitszeit von zehn Stunden ermögliche, wobei außerdem noch die Verlängerung der Schichtzeit durch „Arbeitsbereitschaft“ zu berücksichtigen sei. Es müsse unbedingt verhindert werden, daß dieser Entwurf Gesetz werde. Am 14. April fand alsdann im selben Saale eine Betriebsrätekonferenz statt, an welcher auch zahlreiche auswärtige Delegierte teilnahmen. Hier wurden Fragen der Betriebsrätepraxis behandelt und diskutiert. Leider ist eine erschöpfende Behandlung dieser Fragen im Rahmen einer solchen Tagung nicht möglich. Kollege Demmer schloß daher die Konferenz mit dem Wunsche, daß sich die Kollegen durch eifriges Studium und durch Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen weiter schulen.

Das Reich für die private Ferngasversorgung?

Im Streit zwischen privater und kommunaler Gasfernversorgung hat sich das Reich bisher einer Stellungnahme enthalten. Im Gegensatz zu Preußen, das an der A.-G. für Kohleverwertung, jetzt Ruhrgas A.-G. mit 10 Prozent beteiligt ist und auch den bisher wichtigsten Erfolg der Ruhrgas A.-G., den Erwerb der Fernleitungen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks mit herbeigeführt hat, hat die Reichsregierung bisher weder die gemeindliche Gruppengasversorgung noch die Pläne der Kohlenindustrie unterstützt. Um so mehr muß der Beschluß des Reichsrats vom 25. April überraschen, der Ruhrgas A.-G. die Kapitalertragsteuer für ihre Zwölf-Millionen-Dollar-Anleihe ganz und die Wertpapiersteuer für drei Vierteln zu erlassen. Der Mechanismus dieser Steuerergünstigungen oder genau gesagt — Geschenke ist der Öffentlichkeit fast unbekannt. An sich unterliegen alle Anleihen dem zehnprozentigen Steuerabzug vom Kapitalertrag und alle Anleihen privater Unternehmungen der Wertpapiersteuer (2 Proz. des Nennbetrages). Für Auslandsanleihen kann aber, soweit sie für die Volkswirtschaft förderlich erscheinen, gemäß § 115 Einkommensteuergesetz und § 29 Abs. 5 Kapitel Verkaufsteuergesetz durch gemeinsamen Beschluß von Reichsrat, Reichsfinanzminister und Steuerauschuß des Reichstags die Wertpapiersteuer auf ein halbes Prozent herabgesetzt werden und die Kapitalertragsteuer ganz erlassen werden. Da die Steuererluste des Reichs und wegen der Ueberweisungen mittelbar auch der Gemeinden sich hierbei auf Hunderte von Millionen summieren (oft 14 Proz. des Gesamtbetrages der Anleihe), hat man schon unter dem Bürgerblock mehrfach privaten Auslandsanleihen das Steuer Geschenk verweigert; erinnert sei hier nur an die von der Bank für Textilindustrie ausgegebene Anleihe (1 Million englische Pfund) und an die Holland-Anleihe der Gewerkschaft Carl Alexander.

Demgemäß wird auch in der Gewährung der Steuerergünstigung die amtliche Erklärung gesehen, daß die betreffende Anleihe volkswirtschaftlich zu billigen sei; und unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der Reichsratsbeschluß eine über das rein Fiskalische hinausgehende Bedeutung. Er bedeutet ja nicht nur, daß das Reich auf 752 000 Mark Wertpapiersteuer und insgesamt 4 920 000 Mark Kapitalertragsteuer zugunsten der Ruhrgas A.-G. verzichtet, sondern enthält gleichzeitig die Erklärung, daß das Reich den Verwendungszweck der Anleihe im allgemeinen Interesse billigt.

Der Verwendungszweck der Anleihe ist bekannt. Das geplante neue Gasproduktions- und Verteilungsprogramm kann nicht aus den Mitteln der Ruhrindustrie durchgeführt werden, daher werden Auslandskredite aufgenommen. Obwohl zurzeit die Aussichten für den Anschluß von Gemeinden an das Netz der Ruhrgas A.-G. nicht sehr günstig erscheinen, billigt das Reich trotzdem den Bau neuer Gasproduktionsstätten.

Das geschieht, während die Gemeinden von der Beratungsstelle an der Aufnahme von Auslandsanleihen erfolgreich gehindert werden. Den Gemeinden beginnen, schon mit Rücksicht auf erhöhte Wohlfahrtsleistungen, die Mittel zum weiteren Ausbau der Gaswerke zu fehlen; die Steuerergünstigung wirkt sich also doppelt zum Nachteil der Gemeinden aus, da die Ruhrgas A.-G. ihre Auslandsanleihe bei 6½ Proz. Zinsen zu 94 Proz. emittieren kann, während z. B. die Anleihe der Stadt Bochum, für die als Inlandsanleihe eine Steuerergünstigung nicht stattfinden kann, bei 93 Proz. (trotz 8 Proz. Zinsen!) aufgelegt werden mußte. Eine derartige Benachteiligung muß am Ende die Gemeinden, denen von allen Seiten Ausgaben auferlegt werden bei gleichzeitiger Senkung der Ueberweisungen, für die Ferngaspläne der Kohlenindustrie gesügig machen. Der Steuerauschuß des Reichstags darf diesem Beschluß des Reichsrats nicht zustimmen. Die endgültige Entscheidung liegt beim Reichsfinanzminister. Wenngleich der Beschluß des Reichsrats auf Antrag des Finanzministeriums ergangen ist, kann rechtlich immer noch eine Verweigerung der Steuerergünstigung durch den Finanzminister stattfinden, da die Beschlüsse von Reichsrat und Steuerauschuß nur eine Ermächtigung des Ministers bedeuten.

Jugendherbergen

Ich weiß, daß die Menschheit ihre blasser Farbe und Schwächen ihr ganzes Leben hindurch nicht los wird, weil fast alle Menschen als Stubenpflanzen gezogen werden.

H. U. Land.



Die Geschichte des Jugendherbergswerkes kann nicht geschrieben werden, ohne des Mannes zu gedenken, der sich seit 20 Jahren mit seiner ganzen starken Persönlichkeit für das Herbergswerk eingesetzt hat. Der Volksschullehrer Richard Schirrmann, Altena, ist es, der schon 1908 die Forderung aufstellte: „Jedem Ort, gleichwie Schule und Turnhalle, auch ein Gefäß für die wanderfrohe Jugend!“ Schirrmann benutzte die Schulferien, um mit seiner Klasse mehrtägige Wanderungen zu unternehmen. Neben Schwierigkeiten kleinlicher Art, die von der vorgesetzten Schulbehörde, von Eltern und anderen Stellen gemacht und die überwunden werden mußten, machte sich der Mangel an geeigneten Unterkunstmöglichkeiten für die Nacht immer wieder außerordentlich störend bemerkbar. Auf die Ueberwindung dieses letzteren Uebelstandes konzentrierte Schirrmann seine ganze Schaffenskraft. Sein Ruf fand Widerhall im ganzen Volke, seinen Bemühungen blieb der Erfolg nicht versagt. So ist aus kleinen Anfängen ein Herbergsnetz entstanden, das heute das ganze Reich überzieht und das auch in Oesterreich seine Maschen spannt.



In den Flämern

Die Herbergen stehen der gesamten deutschen Jugend ohne Unterschied der Weltanschauung offen. Es bestanden:

	1911	1913	1915	1920	1926	1927/28
Deutsche Herbergen ..	17	83	200	700	2 319	2 400
Zahl der Uebernachtungen ..	3000	21 000	10 000	186 000	2 107 000	2 560 000

Auf den Gau Sachsen des Jugendherbergverbandes entfallen für 1927 allein 298 042 Uebernachtungen, das Rheinland folgt mit 258 000 Nächtigungen. Einzelne Jugendherbergen erreichten Rekordzahlen. Die Jugendburg Hohnstein (Sächsischer Schweiz) wurde im Jahre 1927 von 51 011 Jugendwanderern aufgesucht, München zählte 45 600, Koblenz 28 346 Uebernachtungen. — Die Herbergsgäste des Jahres 1927 verteilen sich wie folgt: Volksschüler 29 Proz.,

höhere Schüler und Studenten 35 Proz., Schulklassen 31 Proz. — Die Jugendherbergen, die anfangs durchweg nur ein notdürftiges Unterkommen boten, werden mehr und mehr zu freundlichen Heimen der Jugend ausgebaut, in denen frohes Jugendleben und -treiben zu Hause ist. Unsere Bilder können nur eine kleine Vorstellung davon vermitteln. Allerdings bleibt noch viel zu einem mustergültigen Ausbau der bestehenden Einrichtungen zu tun. Alte Schlösser und Burgen, Bauernhäuser, Kasernen u. ä. Gebäude wurden dem Jugendherbergswerk dienstbar gemacht. Die Neubauten, deren Zahl ständig wächst, tragen allen Anforderungen der modernen Hygiene Rechnung. Die Großstädte München, Köln und Kassel haben in ihren Mauern Großjugendherbergen eingerichtet. So hat Köln mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mk. das Körnermagazin der ehemaligen Deutzer Kürassierkaserne zu einer neuzeitlichen Jugendherberge ausgebaut, die 550 Betten enthält. Neuerdings sind sogar schwimmende Jugendherbergen entstanden. Die Gauen Brandenburg und Sachsen besitzen große Flußkähne, die für ihre neuen Zwecke entsprechend umgebaut, je etwa 60 bis 80 Lager enthalten.

Träger des Herbergsgedankens ist der Verband für deutsche Jugendherbergen, der sich in Gauen und Ortsgruppen gliedert und der sowohl körperschaftliche als auch Einzelmitglieder aufnimmt. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften (auch unser Verband ist korporatives Mitglied. D. Red.), die großen Turn- und Sportorganisationen, die verschiedenen Richtungen der Jugendverbände und viele andere Reichsorganisationen haben die körperschaftliche Mitgliedschaft erworben. Insgesamt gehören dem Verbands 204 Reichsverbände an. Die Gesamtzahl der Mitglieder beläuft sich auf etwa 90 000. Die Zeitschrift des Jugendherbergverbandes ist unentbehrlich, ihre Auflage beträgt 120 000 Exemplare. (Leider läßt diese Zeitschrift sowohl in Form wie Inhalt alles zu wünschen übrig. D. Red.)



In der Jugendherberge Stendal

Gemeinden, Provinzialbehörden, Reich und Staat stellen Geldmittel zur Verfügung, die der Förderung des Herbergswerkes dienen. Die Träger der Sozialversicherung beginnen gleichfalls, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Ebenso leisten Industrie und Wirtschaft, Privatpersonen, Gewerkschaften und andere Körperschaften durch Bereitstellung von Geld (Gewerkschaften 600 000 Mark) oder Baustoffen und Her-

Dunkler Schoß

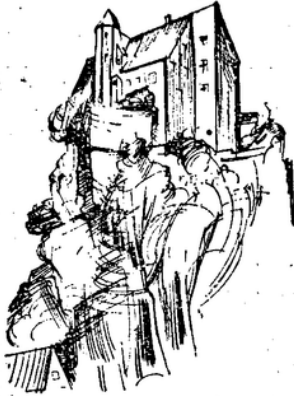
II. (Schluß.)

Einmal ist er zum Herd gekrochen und hat's Feuer rausgezerrt und da muß ihm seine Mutter eben anbinden. Reden hat er auch kaum könn', er war ja immer so alleine. 's hat einen terbarnt, aber was konnte mer helfen, man hat ja selber sein Elend zu schleppen. Laß du den Adolf in Ruh, sonst pocht der dich mal gehörig. Und deine Sozialen, die sin schon ganz gut, aber auch nich alle, lange nich alle, mir habens derlebt. Der eine verkauft eben die andern Arbeitsleite und der andere verkuppelt bloß sein Mädal."

Bozena war beschämt und bedrückt, aber sie gab sich nicht geflagen. Sie wollte wissen, was an den Reden der alten Hubertin sei und ging ihnen nach. Sie wollte Böses hören, um ihren Haß gegen diesen Menschen vor sich selber weißzuwaschen. Und Böses über den Adolf — dessen gab es übergenug. Sehr viele trugen einen Span, ein Scheit herbei, um den Lumpen zu brennen und kaum einer gönnte ihm ein gutes Wort. Es wurde ihr bald zuwider, aber ganz inwendig traf sie es, daß man ihm nachsagte: „Der is ein Roter. Der is der schlimmste Leuteaufheßer, den's gibt; gar viele Familien hat er ins Unglück gestürzt.“ Und es war keine Lüge, wenn auch mit Lüge und Dichtung und Unverständnis und vielem noch gar wunderbarlich und traurig verweben. Die Menschen von unten sind ja immer am Dichten. Sie sehen einen stolzen Hahn und dichten sich einen Helben, sie sehen einen krummen Wurm und dichten sich einen Bösewicht.

Wie eine Feuersee war der große Streik über Thüringen hingebrenndet, war verehbt, da schlug eine verlorene Welle noch hier in die stille verschlickte Bucht. Der erste Kampf, der erste Streik! Sturmvoegel über den Wassern, Sonnenaufbruch für die dunklen, verschütteten Proletarierseelen. So war wohl auch in Adolf, in dieser einsamen, öden, ausgeweiteten Seele, der Urglaube emporgebrochen, herrlich, lauter und gewalttätig wie die Sonne an ihrem ersten Tag. Er stand im Licht und flammte und sah nur noch flammendes Licht. In seiner Fabrik war keiner organisiert, er selber wußte kaum etwas von den Bedingungen des Kampfes. Er riß sie nur mit seinem unklaren, besessenen Gestammel hinein in den Wirbel, er versprach ihnen in seiner ehernen Zuversicht Dinge über das Maß aller Vernunft und aller Möglichkeiten hinaus. Die Zweifel der Besonnenen, das Schelten und Jammern der Frauen erstickten an seiner hellen Gläubigkeit. Was sie erwartet hatten? Das, was die Proleten bei jedem ersten Streik erwarten, wenn sie zum ersten Male das Angesicht taumelnd aus dem Erdschmutz erheben, wenn zum heiligen ersten Male aus dem großen proletarischen Weltzerrenkampf heißes Blut in dich herüberströmt: Das tausendjährige Reich! Das Ende aller Dunkelheit und aller Not!

Er hatte sein Feuerherz auf den Weg geworfen. Er kam ins Gefängnis, er kam wieder heraus. Der Streik war zu Ende. Höhnisch klatschte die Geißel auf die gebeugten Rücken, die einmal gewagt hatten, sich aufzurichten. Adolf blieb draußen, aber er hatte nur seinen eigenen Mund zu stopfen; um ihn herum standen keine hungrigen Kinder und



Jagdburg Hohenstein (Sächſ Schweiz)

bergsggerät willkommene Hilfe. Jugendverbände errichteten eigene Landheime und Jugendhäuser in Verbindung mit Jugendherbergen. Aber noch ist das Ziel, der gesamten deutschen Jugend eine Bleibe in ihren Wandertagen zu bieten, nicht erreicht. Große Teile der Jugend müssen noch wachgerüttelt, zuvor aber muß die Zahl der Herbergen erhöht werden, soll jeder einzelne ein Unterkommen finden.

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“ hat die Idee der Freizeit der Jugend (Ferien, Wochenenden) in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Sie hat einen erschütternden Querschnitt der trostlosen wirtschaftlichen Lage der heutigen arbeitenden Jugend dargeboten. Voraussetzung für eine gedeihliche, praktische Durchführung des Freizeitgedankens ist das Vorhandensein einer genügenden Zahl von Jugendherbergen und Jugendhäusern (Ferienheimen). Der Preis, die Schaffung einer gesunden, starken, lebensfrohen Jugend und damit eines gesunden Volkes sollte mehr noch als bisher alle aufbauenden Kräfte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen.

Deshalb ist den Bestrebungen des Verbandes, z. B. die Kommunen zu verpflichten, dem Herbergswerk einen jährlichen Beitrag in Höhe von mindestens 5 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung zu leisten, ein voller Erfolg zu wünschen.

Was von manchen Städten bereits geleistet wird, soll gleichfalls nicht verschwiegen werden. Für Ferienschulwanderungen verausgabten im Jahre 1927 die Städte

	mit Einwohnern	Betrag insgesamt	auf 1000 Einwohner
Forst (Causitz)	55 000	15 200,— M.	291,42 M.
Hannover	422 000	94 560,— M.	224,08 M.
Bremen	297 000	60 000,— M.	202,02 M.
Duisburg	275 000	45 000,— M.	163,63 M.

Das Jugendherbergswerk hat eifrige Befürworter in allen Kreisen unseres Volkes. Die Unterstützung dieses großen Werkes in ideeller wie auch finanzieller Beziehung ist allen Männern des öffentlichen Lebens immer wieder dringend ans Herz zu legen.

Das höchste Gut eines Volkes, seine Jugend, ist die größten Opfer wert.

Kreisjugendpfleger K. Müller, Duisburg.

weinten nach Brot. Viele blieben ohne Brot, sie hätten mit ihren Zähnen die Mauersteine der Fabriken benagen können, die waren nicht härter als ihre Herren.

Der Streik war zu Ende und allerlei Böses trug sich herum, wie immer in solchen Zeiten. Adolf blieb gezeichnet, und nicht nur vor den Herren. Auch die Genossen der Kampfstage gingen weit um ihn herum, sie mieden den Hezer, der auch sie anrücklich gemacht, sie verziehen es diesem jämmerlich Preisgegebenen nicht, daß er der Preisgabe ihrer guten Sache nicht hatte wehren können.

Er wurde böse und versank in trostlosere Dunkelheit, als er sie je gekannt. Seine Arbeiterlehre war ihm verloren, was konnte er fürder sein als ein Lump, ein Lumpenproletar? — Seelenverkäufer! „Der eine verkauft die andern Arbeitsleute und der andere verkuppelt bloß sein Mädel.“ Wer kann ausfagen, wie viele Sonnenaufbrüche dunkler Seelen schon in Schlamm und Schlick erstickt worden sind, wieviel proletarischer Glaube in abgegriffene Scheidemünze umgeschlagen worden ist? Wer wagt auszusagen, wieviel davon noch erstickt, in Bettelmünze umgeschlagen werden soll? Wer ist so kühn, zu bekennen, an wieviel Verrat, an wieviel gläubig vertaner, beschämter, verllorener Arbeiterlehre wir alle die Schuld mittragen?

Zeugung durch den Geist des Herrn! Einstmals hat sie nur eine arme Magd schwanger gemacht, heute treibt sie die Räder der Fabriken. Wer hätte gewußt, wie Schokolade schmeckt und daß sie etwas Gutes ist, hätte nicht der zweite Chef seinen Geist

Peter

Gleichgültig, woher der Name stammt, aber Peter heißen nicht nur alle möglichen Menschen, Peter heißt auch der schnurrende Kater hinter dem Ofen, und mit Peter bezeichnet man manchen Dummerjan.

Aber mein Peter ist ein lebendiger, heller Bursche von 15 Jahren. Er weiß immer, was er tut. Und dieser Peter ist unser Unterkassierer.

Er ist der geborene Unterkassierer.

Die Funktion eines Unterkassierers ist nun gar nicht so einfach. Die Gruppe muß Geld haben. Aber die Mitglieder glauben es nicht. Nun, Peter kann es ihnen plausibel machen. Auf jeden Fall bekommt er seine Beiträge.

Ganz brav, harmlos und treu kommt er zu mir: „Du Franz, ich glaube, du mußt noch Beiträge zahlen.“

So — da hab ich's; aber jetzt habe ich kein Geld. „Komm doch noch mal wieder.“ — „Na, ist gut — denk aber Montag dran.“

Am Montag bin ich nicht da. In der Woche sagt mein Peter nichts. Sonntagmorgen — er kassiert immer Sonntagmorgens, weil seine Mutter nichts davon weiß — ich habe es mir gerade etwas gemütlich gemacht, da kommt er. Gerade hatte ich überlegt, was ich mit dem Sonntagsgeld anfangen könnte, aber nun — muß ich zahlen. „Ja,“ meint Peter, „wenn das Heim gebaut werden soll, müssen wir doch Geld haben.“ Damit bin ich es los.

Zu einer Familie, zu der auch zwei Jungens in unserer Gruppe sind, kommt er sich Sonntags „etwas wärmen“. Und als er sich gewärmt hat, bedankt er sich, indem er sich plötzlich erinnert, daß die beiden Genossen noch keine Ebert-Marken geklebt haben. Zwei Marken je 50 Pf. gleich 1 Mk. Dabei stellt Peter so ganz nebenher fest, daß auch Februar und März noch nicht bezahlt sind.

Den nächsten Sonntag ist er wieder da: „Alles auf einmal ist zu viel; für den März komme ich noch mal wieder. Also bis nächstes Mal.“ Unter nächstes Mal versteht er den nächsten Sonntag. Inzwischen ist der April ins Land gegangen. „Na,“ meint Peter, „den April kassiere ich nächsten Sonntag, dann seid ihr bei.“ Also vier Sonntage hintereinander.

Freudestrahlend kehrt er dann von seinem Beutezug heim, kommt zum Kassierer, zwecks Abrechnung. Der zieht nichtsahnend seinen Geldbeutel, und schon greift Peter zu: „Ach, Alter, du hast ja noch Geld, bezahl mal schnell den April, dann ist das schon erledigt.“ Eben kommt eine Genossin, die sich über Peter beklagt, weil er ihr das ganze Sonntagsgeld abgenommen hat. Der Peter meint trocken: „Wenn du immer direkt bezahlst, brauche ich die nicht alles abzunehmen.“ Ich freue mich unbändig.

Jetzt gibt es nur zwei Dinge: Entweder die Mitglieder opponieren gegen den Unterkassierer, oder in einem Monat ist kein einziger mehr rückständig. Das letztere ist sicher.

Nur ein Glück, daß Peter nicht Bezirkskassierer ist — die armen Ortskassierer.

Fr. Schreiber.

auf die Reklameleute herabträufeln lassen, bis denen das Maul und die Feder hymnisch überfloß? Er opferte seine kostbare Kraft in Berlin für die Firma; aber wenn es schön wurde in der Welt, allüberall schöner als in dem tristen Seelenkerker, dann kam er herunter in die Fabrik. Stolzierte, herrlich angetan, durch die Arbeitsäle und machte sich vor den jungen Hennen wichtig. Krächte seine Befehle und manchmal scharrte er einer ein Korn zu. Die meisten der schwarzen Anna, aber die nannte ihn, gänzlich ungerührt, einen Molch wie die andern Mannsleute, und ihm blieb das verächtliche Wort als Spitzname hängen. Er hatte allerlei Absonderliches an sich. Abends, vor dem Heimgang, saßen die Frauen und Mädel auf ein paar Planken an der Saale und plantschten und wuschen sich. Kein Arbeiter, der frechste nicht, wäre um diese Zeit ans Wasser gekommen. Der gebildete Chef fand sich ein und genoß das Treiben und genoß ihre offene Erbitterung gegen ihn wie ein Schauspiel. Bis ihm einmal durch einen Zufall das Brett unter den Füßen weggerutscht war. — Wann wird es seiner Klasse unter den Füßen wegrutschen? — Bozema riet er zärtlich, sie müßte türkische Pantoffel tragen.

Sie fragte treuherzig: „Kümmeltürkische?“

„Sind Sie so dumm oder stellen Sie sich dumm?“

Sie lächelte sanft: „Mein, ich bin so und mein Vater sagt immer, ich soll nur so bleiben.“

Wenn sie in ihrem geschürzten Arbeitsrock die hohe Außentreppe hinauf mußte, tänzelte er gern unten herum. Viel später lernte sie, daß man das sehr gebildet „Beinfetischismus“ nennt. Aus ihrer Proletenzeit blieb ihr ein anderes Wort dafür.

Die Wandlung

Durch den grauen Tabaksqualm grölzte das mechanische Klavier. Die Wirtsstube war gesteckt voll. „Komm, Bruder, wir trinken noch eins . . . wir sind ja noch so jung . . .“ Karl Büsching hatte seine beiden Liebesmänner um die Schultern gefaßt. Schön sangen sie ja nicht, aber sie sangen schön laut; und sie sangen die Lieder viele Male, immer mal wieder, wenn der Wirt einen „Stimmungsgroschen“ opferte oder ein Gast seine Lieblingswalze auflegen ließ. Besoffen . . . das hätte ihnen ja niemand sagen dürfen! Wer die ganze Woche schwer arbeiten mußte, hatte doch wohl das Recht darauf, sich wenigstens am Sonnabend ein bißchen vergnügt zu machen! Und für einen armen Menschen blieb da doch nur die Kneipe. Man konnte doch nicht immer zu Hause hocken! Trinken mußte man natürlich was, der Wirt sollte doch leben; und mal 'ne Lage geben mußte man auch — man konnte sich doch nicht Lumpen lassen. Das verstand aber so ein Frauenzimmer nicht, und dann gab's Kraß. Am besten, man dachte nicht daran, solange man hier noch gemütlich saß.

Festabend! Der Wirt trat hinter der Theke vor. Aus den hinteren Räumen kam das Mädchel, um Tische und Stühle zusammenzuräumen. Einer nach dem anderen legten die Gäste den Betrag ihrer Zechen auf den nassen Schenkisch, auf dem Lachen von vergossenem Schnaps und Bier standen. Unter den letzten, die ihre Zechen bezahlten, war Karl. Ueber sechs Mark mußte er aus der Rocktasche fischen. Da würde seine Frau wieder Kraß machen!

Karl riß sich zusammen. Gerade gehen! befahl er sich selbst. Ihn durften doch die paar Glas Schnaps, die paar Becher Bier nicht umwerfen! Ihn sollte man nichts ansehen! Da hinten kamen ja Menschen . . . Ach — Kinder! Blaukittel, die eine Nachtfahrt machten. Das war ja auch zu seiner Zeit noch nicht üblich gewesen. Arbeiterjugend, ja. Er war selbst mal drin gewesen; aber so verbohrt war man doch damals nicht, mit nackten Knien, und keine Zigarette, und kein Bier . . . Kuck mal, Kunzes Walter war ja auch dabei . . .! Der hatte den Hausgenossen schon längst

erkannt. Uebereifrig rief der Fünfzehnjährige seinen Freundschaftsgruß. Kein Ruf schloß sich ihm an. Blöd sah Karl Büsching den Davongehenden nach. Er merkte, wie der Führer den Kleinen freundschaftlich stupte. „Is besoffen . . .“ hörte er noch als Gesprächsfeßen durch die Stille der Nacht.

Was . . .? Hing der Fußelbunt schon so stark an seinen



Kleidern, daß die ihn nicht mehr grüßen wollten . . .? Ihn, Karl Büsching, der doch auch mal in der „Arbeiterjugend“ gewesen war, der wohl nicht mehr der Partei, aber doch noch immer der Gewerkschaft angehörte! Was sich diese dummen Bengel einbildeten! Parteibuch oder nicht, er wußte ja doch, was er zu wählen hatte . . . Wenn die Minna nicht immer so dagegen gewesen wäre, hätte er seins vielleicht noch heute in der Tasche! Wie war es doch gewesen? Als er die Minna kennengelernt hatte, auf Installation bei Geheimrats, hatte er sich gleich mit Kopf und Kragen in das zierliche, saubere Mädchel verliebt. Sauber . . . sauber, ja, das war die Minna. Und sauber und nett war es in der kleinen Wohnung, die sie sich schließlich einrichteten. Minna scheuerte und Minna flicke, und als der kleine Hans anlangte, da konnte er seine junge Frau kaum mehr rauskriegen. Für den Jungen mußte doch gepart werden! Der sollte mal was Besseres sein! Und Minna fing an, auf die Partei zu sticheln, die bloß Geld kostete, auf die vielen Abende, die er aus dem Hause ging; und als er schließlich bei zwei, drei Streiks draußen blieb, die Zeit der Arbeitslosigkeit böse an dem kleinen Kapital fraß, das Minna auch als Posamentennäherin mit hatte aufklauen helfen, da wars mit dem Frieden aus. An jedem Sahlabend ging die Minna muckisch und verheult umher. Und da . . . und da hatte er um des lieben Friedens willen . . .

Längst lagen die Häuser der Dorfstadt hinter ihm. In seine Gedanken vertieft, hatte Karl gar nicht mehr darauf geachtet, daß er schon längst von der Hauptstraße hätte abbiegen müssen. Die Straße war zur Chaussee geworden, rechts und links von Schrebergärten umsäumt. Kühler Wind kündigte die nahe Morgendäm-

erchen werden boshafterweise im Himmel geschlossen. Darum war wohl dieser millionenreiche Lebemann an eine norddeutsche Pfarrerstochter geraten. Und sie sah auch so aus — wie die sieben dünnen Jahre, aber es hieß, sie sei sehr gelehrt. Für die bösmäulige Fabrik war sie nur die Dame ohne Unterleib. Und die brauchte wohl keine türkischen Pantoffel.

Der andere Bruder, „der Herr“, hatte die reiche Erbin aus einem offenen Hause heimgeführt. Kirche, Kapital, Bordell — drei gesellschaftliche Mächte!

Der Molch strich schon seit Tagen um die schwarze Anna, wie um eine sichere Beute. Und Getuschel war um sie, wie die mißtönige Zuversicht der Krähen, die Aas in einem edlen Tier wittern, wenn es auch noch stolz und herrlich aufrecht steht. Sie war kein Zärtling und kein Malenblättchen, das sich vom tändelnden Wind pflücken und verwirbeln läßt, und sie war nicht käuflich. Wohl freute sie sich an schönen Dingen, dafür war sie ein Weib. Sie zahlte dem andern Geschlecht manche Unbill gegen das eigene und sie schlug dorthin, wo der Schlag brannte. Und die Hörigkeit ihres Herzens war ihr ein Joch, aber eins, das sie freiwillig trug um das geschlagene Tier neben sich, ob das auch türkisch nach ihr biß und trat — ich bin froh an dir, weil ich Schmerzen um dich trage.

Kinder spielen so in einer Pfütze und bleiben dennoch rein. Nun aber zerbröckelte der Damm und der schmutzige Sicker rieselte und tropfte in ihr Wesen, höhnte es aus und füllte die Höhlung mit bösem, gärendem Unrat.

Von Bozena wandte sie sich fort: „Du bist die Schlimmste, du

gräbst mein Einwendiges raus.“ Könnte man das Wesen eines Menschen in einer Farbe ausschöpfen, von der Anna jener Tage müßte man sagen, sie war tief nachtblau; ja, wie eine warme, sternlose und vielleicht auch friedlose Nacht. So waren ihr Haar und ihre Augen und der zarte Flaum ihrer Fraulichkeit. So war ihre Stimme, so mußte ihr Blut sein und ihre Seele, nachtblau, weiche Schwingen. Und nun brachen an dieser schmerzvoll gesättigten und wie trächtigen Dunkelheit gelbrote Flecken auf, gleich brandigen Schwären.

Diel Böses hatte Adolf an der Anna getan, aber er hatte sie niemals geschlagen. Viele Burschen schlugen ihr Mädchel, viele Männer schlugen ihr Weib, „sonst is er kein Mann“. Von ihnen aber hieß es: „Wenn der die Schwarze haut, dann is es aus“, und vielleicht hatte er selber so empfunden. Jetzt aber schlug er sie — und sie ertrug es! Oft sonst war ihr Mund aufgewühlt und zerbißen, sie hatte ihn getragen wie eine Liebeskrone. Nun war seine schöne Form zerstört durch den Schlag einer Faust. Blutige Wunden waren unter ihrem Haar.

„Ei ja, der kutschiert sein Rüssel an der Mähne,“ spöttelten die Mädchel. „Geht die Fahrt zum Traualtar, schöne Dame?“

Und sie ertrug es! Sie mengte sich in die Wiße, in das Gelächter, die ihr selber galten und wich nur Bozena aus. Der brannte das Herz. Anna, liebe Anna! flutete es zärtlich in ihr auf, aber die Welle schlug nicht mehr in die andere Welt hinüber.

Und der Molch strich um das schöne Weib, widerlich in seiner Gier, und schnaubte ihr seine stinkenden Zärtlichkeiten ins Angesicht. Anna, liebe Anna, wehr dich, du Stolze!

merung an. Karls Rausch war fast verflohen. Wie wars doch? Ach ja, man konnte doch nicht immer bei der Frau sitzen! Und zuerst war er eine, dann zwei Stunden nach Arbeitsluß noch mit guten Kollegen zusammengeblieben. Die staunten aber, wenn er seine politische Weisheit auskramte! Manches war faul — und manches war auch an der eigenen Partei auszusetzen — er war ja jetzt ein freier Mann und konnte reden — mit allen . . . Aber das Recht machte durstig. Und je mehr man trank, um so mehr lockte die Gemütlichkeit eines gemeinsamen Liedes, alte Erinnerungen — vom ersten Lehrherrn, vom Unteroffizier, vom Kriege . . . ein Kerl war man, ein Kerl!

Aber heute waren ihm die Jungens ausgewichen. Und keiner hatte ihm mit dem Walter einen Freundschaftsgruß geboten. „Besseren!“ Er spürte das Wort, so oft in der Kneipe selbst gekraut, nun wie ein Brandmal, seit es ihm von den jungen Lippen entgegengeklungen war.

Der Horizont war grau geworden. Karl Büsching sah sich um. Eine dicke Fliederhecke säumte den Weg. Er nahm sein Messer aus der Tasche und schnitt bedächtig einen großen Zweig der lilablühenden Dolden ab. Die Milze aus der Stirn geschoben, eine weiße Dolbe zwischen den Lippen — so machte er sich auf den Heimweg.

Als er in die Küche trat, schien die rote Morgensonne ins Fenster. Das blasse Licht der Glühbirne konnte kaum dagegen mehr ankommen. Am Tisch saß Minna, den Kopf in die verschränkten Arme gelegt. Verstört fuhr sie auf, als er an den Küchensfuß stieß.

„So . . . so weit bist du nu . . .“ stieß sie erbittert hervor.

Da fuhr er ihr mit dem taunassen Fliederzweig über den Mund. Sie sah, daß in seinen Augen kein Nachtrausch sich mehr versangen hatte.

„Sei still, Minning . . . noch Kaffee. Und dann wollen wir uns fertig machen. Draußen ist Frühling. Und . . . und . . .“ er schluckte doch etwas. „Und morgen gehe ich zum Zahlatend — und — ich versprech dir's — mit dem Saufen hat es von jetzt ab ein Ende.“

Minna sah ihn mit großen Augen an. Sie begriff, daß Karl dieses Versprechen halten würde. Und indem sie ein paar Tränen herunterwürgte, die der freudige Schreck ihr in die Augen treiben wollte, schmiegte sie sich an ihren Mann und stammelte verlegen: „Weißt du, wann du zum letztenmal „Minning“ zu mir gesagt hast? Zu Hansens erstem Geburtstag. Nachher hieß ich immer bloß „Alte“.“

Karl blickte in ihr strahlendes Gesicht, aus dem die Freude das Grau der Sorge und Müdigkeit plötzlich herausgeschlößt hatte. „Minning“ — wiederholte er zärtlich — „ja, wir wollen von heute an ein besseres Leben führen als bisher.“

A k e L e p.

Wer mutig nicht um Recht und Freiheit wirbt,

Verdirbt zum Knecht im Leben bis er stirbt.

In der Minute ruht die Ewigkeit;

Dich macht die Zeit nicht, machst du nicht die Zeit!

Friedrich Stolze.

„Na, der Adolf, der kann doch jetzt Fettlebe machen.“

„Ja, der kassiert Vorkauf, bis die Schwarze bezahlt.“

Noch aber wollte sie nicht zahlen. Er biß sie in die Hand, schreckhaft sah es aus.

„Bind's doch zu,“ sagten die Mädels; aber sie trug die Schmachwunde offen zur Schau, hielt sie ihnen gleichgültig hin, bis die schier stöhnten vor Empörung und auch vor schadenfroher Verachtung — die Stolzeste? —, die Niedrigste war sie doch von ihnen allen.

Noch war das widerliche Geziefer nicht an seinem Ziel, noch blieb es in seinen Ring gebannt. Wann, o wann würde sich seine Gier dem schönen Weibstier in die weiche Kehle fressen? —

Bozena saß auf einem Felshang über der Saale, oft saß sie dort. Unter ihr lief der Weg mit den Zeilen der Obstbäume, die standen in ihrer Blütenschwere, aber keiner konnte den andern greifen. Ob sie wohl Wissens hatten voneinander, oder ob ein jeder seinen Safftusch, seinen Knospenausbruch, seine süße Fruchtwerdung einsam ertragen mußte?

Bozena starrte in die Wasser der Saale, sie trank ihren feuchten Duft, der kühlte, in sich hinein und das Wirbeln und Glucksen und Rauschen, bis sie sinnlos war, ausgelöscht, ein Stäubchen Urelement. Und dann kroch ihr das Grauen über den Rücken und sie fühlte sich wieder und wußte, wo sie war. Der letzte Schimmer verglimmte bläulich über der Stadt, dünn stieg aus den Schloten der stinkende Atem der bürgerlichen Welt. Und dann legten sich die dunkelkühlen Hände der Nacht auf Erde und Menschen. Und

Wie ich zur Arbeiterjugend kam

Weit entfernt von dem Getöse der Großstadt und dem Gewirr enger Straßen steht mein Heimathaus. In der einige Kilometer weit entfernten kleinen Stadt, in der ich lernte und die Berufsschule besuchte, sprachen oftmals auf der Arbeitsstelle und in der Schule meine Kameraden von Wanderungen, Jugendabenden und Volkstänzen. Sie wußten viel Neues und Schönes zu erzählen und waren von ihren Erlebnissen so begeistert, daß ich mir wünschte, das mitzuerleben und mich mitzufreuen.

Eines Tages war ich eben an unserem häuschen beschäftigt, als ich von weitem, immer näherkommend, Musik und Gesang hörte. Neugierig, was nun kommen würde, ließ ich die Arbeit liegen und ging dem Weg zu, wo der Gesang herkam. Um die Ecke bog eine Gruppe Mädels und Burtschen, bunt durcheinander, darunter einige Kameraden, die sich nach meiner Wohnung erkundigt hatten und mich bei dieser Gelegenheit aussuchen wollten. Schon von weitem riefen sie mir zu; denn sie hatten mich erkannt.

„Wo wollt ihr hin?“ — „Auf Fahrt!“ — „Kommt ihr heute Abend wieder?“ — „Nein!“ — „Wo bleibt ihr diese Nacht?“ — „In der Jugendherberge; und morgen früh wandern wir weiter. Geh doch mit!“ — „Ich kann doch nicht gleich jetzt.“ — „Aber in den nächsten Jugendabend kommtst du. Wir erwarten dich!“ — „Ich will sehen, was meine Eltern sagen.“

Nach manchem Bitten und Betteln bekam ich von meinen Eltern die Erlaubnis, zu dem Jugendabend zu gehen, und nicht schnell genug konnte ich von der Arbeit nach Hause kommen, mich auf mein Rad setzen und zu meinen Arbeitskameraden fahren.

Spielabend sollte es sein. Schüchtern setzte ich mich in eine Ecke und wartete, was da werden sollte. Ein älterer Genosse eröffnete mit einigen Mitteilungen den Abend und dann begann das Spiel. Auch ich mußte aus meiner Ecke heraus und gleich mitmachen. Wie schnell verging dieser Abend! Nun konnte ich endlich auch mit meinen Kameraden von der Jugend sprechen und mich mitfreuen. Spiel, Volkstanz und Liederabende folgten in flottem Lauf. Auf Fahrt durfte ich selten mitgehen; im Sommer gibt es auf dem Lande viel zu tun.

Aber an einen Vortragsabend kann ich mich noch gut erinnern, den ein Jugendfreund aus der Stadt hielt. Der erzählte uns, daß es in ganz Deutschland und darüber hinaus viele solcher Jugendgruppen gäbe. Sie alle haben sich zusammengeschlossen zum Kampf und fordern bessere Lehrverhältnisse, kürzere Arbeitszeit, ausreichende Löhne und bezahlte Ferien. Diese sollen wir so verbringen, daß wir Ferienfahrten machen, uns die Schönheiten des Landes ansehen, Ferienfahrten besuchen und uns schulen. Ja, lernen wollen wir alle; denn wir hatten als junge Arbeiter bald bemerkt, daß uns noch vieles fehlte.

Unvergesslich war das Erlebnis, das der Reichsjugendtag in Dortmund in mir hinterließ. Tausende junger Menschen marschierten unter den roten Fahnen für die gleichen Forderungen. Kein Maler kann mir die Erlebnisse vom Reichsjugendtag und den vielen Freuden auf Fahrten und Jugendabenden verweisen; kein Gräber kann es ausgraben — es ist tief verwurzelt und edel.

Und so stehe ich nun mitten in der Bewegung als junger, bewußter Genosse, überzeugt, daß der Sozialismus kommen muß, wenn wir ihn wollen und wenn sich alle Mädels und Burtschen mit uns zusammenschließen.

Dittrich.

strichen saßt vieles Laute hinweg und machten Leises lebendig. Die Nacht ist wie ein Wiegensoß, ist wie der Schoß einer Frau. Ihr Liebesmund trinkt gierig in stöhnender Lust das dunkle Geheimnis. Es keimt und wirkt und wächst in ihr, aus ihrem Liebesmund tritt es neu in den Tag und bleibt doch dunkel und Geheimnis.

*

Unten gingen zwei Menschen im ungewissen Licht.

„Ich geh und geh nich zu dem Molch,“ klang die warme, dunkle Stimme, und dann die harte des Mannes: „Du gehst, hörste, du gehst!“

Die Anna verweilte sich, bog sich mit einer schönen Gebärde einen blühenden Zweig an ihr Gesicht wie zum Kuß.

„Soll ich dir einen Buschen schneiden?“ Zärtlich klang das und gut und der Adolf schob sich mit seinen wiegenden Schritten von Baum zu Baum und schnitt die süße Blüht und hielt die Zweige so sorglich im Arm wie ein Lieb. Langsam verloren sie sich in der Dunkelheit wie blutlose Schatten. — —

Wie der Schoß einer Frau ist die Nacht. Ihr Liebesmund trinkt gierig das dunkle Geheimnis, aus ihrem Liebesmund gebiert es sich in den Tag und bleibt Dunkel und Geheimnis.

Am Morgen lag der Adolf tot unter dem roten Stein. Die leicht war er im Rausch aus seinem Leben gestürzt. Einen Arm voll blühender Zweige hielt er zärtlich wie ein Lieb an sich gedrückt. Ein toter Lump, und doch auch der Klasse gestorben, trotz Schmutz und trotz Laster. Und Blüten haben seinen toten Mund geküßt.

Grundsätzliches vom Genossenschaftswesen

X. (Schluß)

Im Kalenderjahr 1928 ist der erneute Beweis für ein weiteres erfolgreiches genossenschaftswirtschaftliches Schaffen der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften erbracht.

Nach der Kalenderjahresstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gehörten ihm am 1. Januar 1929 1025 Genossenschaften an gegenüber 1086 am 1. Januar 1928. Dieser Rückgang ist jedoch zum größten Teil auf Verschmelzungen von Genossenschaften zurückzuführen. Von den 1025 Genossenschaften verteilen sich auf die zehn Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine: Verband bayerischer Konsumvereine 82, Verband mitteldeutscher Konsumvereine 222, Verband nordwestdeutscher Konsumvereine 120, Verband ostdeutscher Konsumvereine 95, Verband der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen 38, Verband sächsischer Konsumvereine 103, Verband schlesischer Konsumvereine 61, Verband südwestdeutscher Konsumvereine 105, Verband Thüringer Konsumvereine 139 und Verband württembergischer Konsumvereine 60.

Von den 1025 Genossenschaften berichteten 996 zur Kalenderjahresstatistik 1928 mit einer Mitgliederzahl von 2 896 756, die sich gegenüber 1927 um 35 419 verringert hat. Ueberhaupt ist seit 1924 ein fortwährender zahlenmäßiger Rückgang in der Mitgliederzahl eingetreten, der aber durch die Bereinigung der Mitgliederlisten von den sogenannten „Papieroldaten“ zu verstehen ist. Erfreulicherweise ist die Bereinigung der Listen von diesen „Getreuen“ bald restlos durchgeführt, so daß sich in den Mitgliederzahlen auch der Zugang neuer Mitglieder kundtun kann. Die Säuberung der Listen von denjenigen, die trotz der Hinweise seitens ihrer Genossenschaften auf ihre Pflichterfüllung ihrer Genossenschaft gegenüber, trotz der Versuche, sie aus ihrer Teilnahmslosigkeit an dem Gemeinschaftsbetrieb ihrer Genossenschaft auszurütteln, ihre Pflicht nicht erfüllen, keine Waren beziehen, war und ist unbedingt erforderlich. Sie, die „Papieroldaten“, waren zumeist die Verbraucher, welche zur Zeit der Inflation, da von den Händlern nur durch Betteln zumeist etwas zu erreichen war — manchmal auch nicht — den Konsumgenossenschaften, die ihren Mitgliedern die Verteilungstellen offen hielten und Waren boten, beitraten, um auch der wirtschaftlichen Vorteile teilhaftig zu werden. Jedoch hatten sie nach Beendigung jener unseligen Zeiten keinen Dank mehr für das, was die Konsumgenossenschaft ihnen in jener Zeit an Vorteilen geboten, und kehrten ihr den Rücken. Auf solche „Genossen“ kann die Konsumgenossenschaft getrost verzichten.

Die 996 berichtenden Genossenschaften erzielten 1928 einen Umsatz im eigenen Geschäft von 1124,7 Millionen Mark. Jahr zu Jahr — seit 1924 — ist eine erfreuliche und bei der immer noch nicht völlig herbeigeführten Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens, dessen Verhältnisse den Haushaltungen eine nicht wenig schwere Bürde sind, sogar eine sehr gute Steigerung eingetreten. Der Umsatz im eigenen Geschäft steigerte sich 1928 gegenüber 1927 um 142,5 Millionen Mark. Jedes Mitglied tätigte durchschnittlich einen Umsatz von 388,26 Mk. im Jahre 1928 gegenüber 354,96 Mk. im Jahre 1927 und 159,32 Mk. im Jahre 1924.

Die eigenen Mittel erfuhren ebenfalls eine fortwährende Erhöhung, so die Reserven aller Art und die Geschäftsguthaben. Letztere stiegen im Jahre 1928 von 44,4 Millionen Mark auf 53,1 Millionen Mk. Gegenüber 1924 ist eine Vermehrung der Geschäftsguthaben um 38,1 Millionen Mark eingetreten. So unverkennbar auch in der Auffüllung der Geschäftsguthaben eine wesentliche Besserung sich zeigt, wird und muß noch eine wesentliche Steigerung derselben zur Stärkung der eigenen Mittel eintreten, beträgt doch der von jedem Mitglied durchschnittlich eingezahlte Geschäftsanteil im Jahre 1928 nur 18,32 Mk., wo ein Geschäftsanteil von 50 bis 60 Mk. pro Mitglied unbedingt notwendig ist. Die Auffüllung der Geschäftsanteile bis zu dieser Höhe ist nur zum Wohle der Genossenschaft und mithin zum Nutzen der Genossenschaft selbst.

Das Vertrauen der Genossenschafter zu ihren Genossenschaften als Anlagestellen für Spargelder hat sich immerwährend gehoben, was die Zahlen über die Entwicklung der eingezahlten Spargelder bekunden. Im Kalenderjahr 1924 betragen die Spareinlagen 49 485 920 Mk., 1925 82 700 669 Mk., 1926 133 062 576 Mk., 1927 207 463 895 Mk. und im Jahre 1928 297 494 312 Mk. Während

1924 durchschnittlich nur 14,37 Mk. Spareinlagen auf jedes Mitglied entfielen, entfielen für 1928 auf jedes Mitglied durchschnittlich 102,70 Mk.

Der wirtschaftliche und finanzielle Stand der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften läßt sich im Rahmen dieser Aufsätze nicht in alle Einzelheiten auflösen, um an jeder die erfolgreiche Entwicklung festzustellen. Wer einen Aufschluß über jede Einzelheit gewinnen will, sei auf die Jahrbücher des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit ihren ausführlichen Statistiken nebst erläuterndem Text hingewiesen. Jedenfalls ist es unumstrittene Tatsache, daß die Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1928 abermals den Beweis erbracht haben, daß sie vorwärts gehen.

Zwei Einrichtungen der Genossenschaften des Zentralverbandes sei noch gedacht. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine besteht, wie schon in vorhergehenden Ausführungen gesagt, aus den ihm unmittelbar angeschlossenen Zentralorganisationen, den Revisionsverbänden und den diesen Revisionsverbänden angeschlossenen Genossenschaften. Zu den unmittelbar dem Zentralverband angeschlossenen zentralgenossenschaftlichen Organisationen gehört die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, kurz GEG., unter diesem Zeichen auch sämtliche Produkte aus eigener Produktion den Konsumvereinen zugeführt werden. Wenn auch die GEG. die juristische Form einer G. m. b. H. besitzt, also nicht die genossenschaftliche Form, so ist ihr doch der genossenschaftliche Charakter vollauf gewahrt. Die GEG. wurde im Jahre 1894 errichtet. In ihr haben sich die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ihren „Konsumverein“ geschaffen: die wirtschaftliche Zentralstelle für den Wareneinkauf, die Warenherstellung auf erweiterter Basis und den Geldverkehr. Die GEG. besitzt heute 17 Inlandsäcker und 50 Produktions- und Veredelungsbetriebe. Noch im Jahre 1899 war die GEG. ein kleines Unternehmen mit einem Umsatz von 6,3 Millionen Mark. 1913 konnte sie schon rund 154 Millionen Mark an Umsatz buchen, wovon 10,1 Millionen Mark auf die Eigenproduktion entfielen. Im Jahre 1924 betrug der Gesamtumsatz 168,5 Millionen Mark, wovon für 26,3 Millionen Mark in eigenen Betrieben hergestellt wurde. Der Gesamtumsatz belief sich im Jahre 1927 auf 373 Millionen Mark, davon entfielen auf die Eigenproduktion 63,1 Millionen Mark. Für das Jahr 1928 trat im Gesamtumsatz gegen 1927 eine Steigerung um 71,3 Millionen Mark auf 444,3 Millionen Mark ein und für die Eigenproduktion eine Erhöhung um 41,6 Millionen Mark, so daß von dem Gesamtumsatz 104,7 Millionen Mark für die Eigenproduktion zu verzeichnen sind.

Einer stetig wachsenden Zahl von Arbeitskräften gab die GEG. Beschäftigungsmöglichkeit. Während im Jahre 1913 2019 Arbeitskräfte bei der GEG. beschäftigt waren, standen 1924 3598, 1925 4327, 1926 4698, 1927 5960 und 1928 7564 Arbeitskräfte in ihren Diensten.

Die konsumgenossenschaftlichen Giro- und Bankeinlagen bei der GEG. betragen am 31. Dezember 1928 insgesamt 98,8 Millionen Mark. Hiervon entfielen auf die Giroguthaben 7,3 Millionen Mark, auf neue Bankeinlagen mit einer Kündigungsfrist von 1 bis 6 Monaten 88,7 Millionen Mark und auf durch Aufwertung entstandene Bankeinlagen 2,8 Millionen Mark. Die konsumgenossenschaftlichen Giro- und Bankeinlagen haben sich gegenüber 1927 um 25,8 Millionen Mark erhöht, gegenüber 1926 um 55,2 Millionen Mark.

Schon aus diesen wenigen Zahlen spricht deutlich die gute Entwicklung der GEG. und mithin der Konsumgenossenschaften.

Nicht minder gut spiegelt sich die Dormwärtsentwicklung in dem Aufstieg einer zweiten Einrichtung der Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wider, dem Aufstieg der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. Sie ist das eigene Unternehmen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und das Druckereunternehmen der dem Zentralverbande angehörenden Glieder. — Vor 25 Jahren wurde die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ins Leben gerufen. Sie führte bis zum Jahre 1912 den Namen „Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co.“ Sie betreibt heute eine Großbuch- und Stein-druckerei, eine Buchbinderei und Papierwarenfabrik und eine Versicherungsabteilung, die Sachversicherungen aller Art vermittelt,

und sie ist die Generalagentur der schon erwähnten, zu den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine unmittelbar angeschlossenen zentralgenossenschaftlichen Organisationen gehörenden „Eigenschaft“, Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg. Der Gesamtumsatz der Verlagsgesellschaft erhöhte sich im Jahre 1928 um 2 926 150 Mk. auf 15 879 517 Mk. An diesem Umsatz sind die Druckerei und Papierwarenfabrik mit 11 640 621 Mk., die Versicherungsabteilung mit 4 117 800 Mk. beteiligt. Der Rest kommt dem Elektrizitätswerk für die betriebliche Kraft- und Lichterzeugung zu.

Im vorausgegangenem ist nur dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gedacht worden — jedoch auch nur im beschränkten Maße. Nicht erwähnt worden sind die neben dem Zentralverband deutscher Konsumvereine noch bestehenden großen genossenschaftlichen Zentralverbände, nicht die kleinen genossenschaftlichen Zentralverbände sowie Revisionsverbände, die keinem Zentralverband angehören, und Genossenschaften, die überhaupt keinem Revisionsverband angehören. Die Nichterwähnung liegt einmal darin begründet, daß die begrenzte Zahl der Aufsätze und die gestellte Aufgabe, insbesondere die Konsumgenossenschaft zu berücksichtigen, die Erwähnung nicht zuließen, zum anderen Male aber auch, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine der maßgebende genossenschaftliche Zentralverband deutscher Konsumvereine ist. Sich mit der gesamten Genossenschaftsbewegung Deutschlands und auch der übrigen Länder zu befassen, dazu ist jedem Gelegenheit geboten. Hierbei vermag die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, jedem Interessenten durch Angabe guter Genossenschaftsliteratur und Vermittlung derselben behilflich zu sein. Die Aufsätze sollten einführende Darlegungen sein. Sie lassen das Prinzip, den Geist und die Bedeutung des Genossenschaftsgedankens überhaupt und in den Genossenschaften unserer Zeit, vornehmlich in der Konsumgenossenschaft, erkennen.

Die Macht der Konsumgenossenschaften noch mehr zu stärken, daß sie ihre Aufgabe, eine andere bessere und gerechtere Wirtschaftsform aufzurichten, schnell vollenden, das liegt in eines jeden Verbrauchers Hand. Immer mehr, ja, alle Verbraucher sollten durch die konsumgenossenschaftliche Organisation ihre „eigenen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen“ und auch „darin behalten“.

Wilhelm Lukas.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Unvernunft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beleuchtete am 30. April im Reichstage recht grell der Vorsitzende des ADGB, Abgeordneter Graßmann (SPD.) u. a. folgendermaßen:

„Besonders auf dem Lande wird gegen die Arbeitslosenversicherung gehetzt, und es wird ihr die Schuld daran gegeben, daß die Landwirtschaft Arbeitermangel habe. Sieht man sich aber die Zustände an, unter denen die landwirtschaftlichen Arbeiter leben müssen, so begreift man das geringe Verlangen nach solcher Arbeit. Wenn Sie die Meldepflicht für alle offenen Stellen auch in der Landwirtschaft und in häuslichen Betrieben einführen, und die Unterlassung der Meldung mit Strafe bedrohen wollen, da werden Sie uns dazu bereit finden. Die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung für den inneren Markt hat Prof. Scring vor einigen Jahren sehr ausdrücklich unterstrichen, indem er ihre wohltätige Wirkung für die Landwirtschaft hervorhob, die die Preise ihrer Produkte nicht hätte halten können, wenn nicht die Arbeiter und Arbeitslosen wenigstens einen Teil der für ihre Ernährung notwendigen Nahrungsmittel hätten kaufen können. Nun wird behauptet, die Wirtschaft könne die Soziallasten nicht ertragen. Man stellt den Begriff der Wirtschaft als unabänderlich hin. Sie ist aber auch nur Menschenwerk, und wenn sich herausstellt, daß dieses Werk nicht zum Segen der Menschen, sondern zu ihrem Fluch ist, muß es geändert werden. Nicht einmal die internationalen Finanzgrößen fühlten sich unter diesem System vollkommen wohl; sie sehen ihre Position, die sie mit allen Finessen aufgebaut haben, immer wieder von neuen Konstellationen bedroht, und selbst die größten internationalen Bindungen versuchen sich rückversichernd durch neue internationale Bindungen. Dieses System, das als höchste Weisheit gepriesen wird, ist außerstande, Bedarf und Produktion auch nur einigermaßen miteinander in Einklang zu bringen. Das heutige Wirtschaftssystem ist nicht aufgebaut auf der Befriedigung des Bedarfs. Nicht eine Streichholzschachtel wird um des Bedarfs willen hergestellt, sondern um durch ihren Verkauf Gewinn zu erzielen. Diese Spekulation macht es unmöglich, den Bedarf reibungslos zu befriedigen, und die natürlichen Folgen sind Konjunktur und Krisen, wobei die Konjunkturen immer kürzer, die Krisen immer schwerer werden für die Millionen des arbeitenden Volkes. Es ist unerhört grausam, von einer industriellen Reservearmee zu reden. Eine militärische Reservearmee wird bekleidet, ernährt und bezahlt, um die industrielle Reservearmee kümmern sich das Privatkapital gar nicht. Menschen werden in Reserve

gehalten wie Kaffeefäcke, Baumwollballen und Stahlknüppel. Jede technische Neuerung wird als gewaltiger Triumph gefeiert, und man betrachtet es schon als naturgemäße Auswirkung, daß sie so und soviel Hände überflüssig macht. Die Sorge für die Arbeitslosen überläßt man dem Staat und beschimpft sie obendrein noch als Faulenzet. Rationalisierung bedeutet Vernünftigmachung. Ist denn in diesem Wirtschaftssystem überhaupt eine Spur von Vernunft? Wir sehen, wie bei einer guten Kaffeemenge Riesermengen Kaffee verbrannt werden, damit sie nicht auf den Marktpreis drücken. Wir sehen, wie bei einer guten Weizenemte Maschinen mit Weizen geheizt werden, weil die Kohle die Fracht nicht lohnt, während auf der anderen Seite der Erdbeul Hunderttausende und Millionen hungern! Die Wirtschaftsführer sagen, daß sie die rationalisierten Betriebe nur mit höchstens 60 Proz. ausaugen. Wenn die Wirtschaft solche Folgen ihrer Tätigkeit nicht abwenden kann, dann hat sie die sittliche Voraussetzung ihrer Existenz nicht erfüllt, und dann ist sie reif, möglichst bald beseitigt zu werden. Gerade die Erfahrungen des letzten Winters zeigen, daß man nur an den Symptomen herumdoziert, ohne den eigentlichen Ursachen der Mißstände zu Leibe zu gehen. Gerade diese Verhältnisse haben die Gewerkschaften darin bestärkt, ihre Forderung nicht ruhen zu lassen, die Forderung nach maßgebendem Einfluß bei der Führung der Wirtschaft, mit dem Ziel, dieses System durch ein anderes und besseres zu ersetzen. Da es aber unmöglich ist, ein einzelnes Land, zumal ein wirtschaftlich so ungünstig situiertes Land wie Deutschland zur sozialistischen Insel zu machen, arbeiten die organisierten Arbeiter und Angestellten überall in der Welt, in allen Ländern mit vereinter Kraft dahin, dieses System zu ändern, mit dem Ziel, es zu beseitigen. Auf die angeblichen Mißstände bei der Arbeitslosenversicherung einzugehen, wird noch Zeit sein, wenn die Ankläger ihre Beweise vorgelegt haben. Aber die Menschheit müßte verzweifeln, wenn sie dauernd unter diesen Zuständen leben müßte und wenn nicht die besten Kräfte eingestiftet würden, um diese Zustände zu beseitigen.“ (Stürmischer, anhaltender Beifall bei den Soz.)

Das Wohnungselend war am 30. April bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums Gegenstand der Aussprache. Abgeordneter Lipinski (Soz.) führte dazu u. a. aus:

„Das Reichsarbeitsministerium hat festgestellt, daß etwa 600 000 Familien ohne eigene Wohnung sind, etwa 900 000 Familien in überbelegten Wohnungen, in Glendquartieren hausieren und etwa 300 000 Wohnungen Ruinen sind, die längst hätten abgebrochen werden müssen. Das Ministerium hat berechnet, daß bis 1940 rund 4,2 Millionen Wohnungen gebaut werden müßten, das heißt jährlich 350 000. Im vergangenen Jahr sind 320 000 Wohnungen gebaut worden, was einen Reinzugang von 309 000 bedeutet. Die Feststellungen des Ministeriums werden von der Wirtschaftspartei heftig angegriffen, besonders deshalb, weil sie aussprechen, daß die Wohnungsnot zum großen Teil nicht nur die Folge von Krieg und Inflation, sondern ein Ueberbleibsel aus der Vorkriegszeit ist, wo die freie Wirtschaft vollkommen unbeschränkt war. Wir hoffen, daß der Artikel 155 der Reichsverfassung, der jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zusichert, recht bald verwirklicht wird. Dazu ist aber notwendig, daß den Gemeinden der notwendige Boden verschafft wird. Das Wohnungseigentumsgesetz will daher den Gemeinden das Enteignungsrecht geben, wie das in anderen Ländern längst besteht. Sachsen hat seit 1919 ein Gesetz, das den Gemeinden das Vorlaufrecht bei Grundstückveräußerungen gibt. Wir bitten, das Heimstättengesetz recht bald dem Reichstag vorzulegen, ebenso das Bodenvereinigungs- und -umlegungsgesetz, das den Städten die Beseitigung von Hemmnissen des Wohnungsbaues ermöglichen will. Zu einem deutschnationalen Blatt bekehrte sich ein Mieter darüber, daß er für den Quadratmeter seiner Wohnung 39 Mk. Miete zahlen muß und außerdem noch weitere Beträge. Wenn die freie Wirtschaft die Mieter so bewuchert, dann beweist sie, daß sie die Wohnungsnot nicht beseitigen kann. In diesem Jahre sind die Hoffnungen auf die Finanzierung des Wohnungsbaues recht mager. Die Diskonterhöhung der Reichsbank um ein Prozent verteuert den Bauredit erheblich, und insofern der langen Arbeitslosigkeit haben sich die dauernden Unkosten im Baugewerbe gesteigert. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gibt Wohnungsbaudarlehen nur in „Feingold“ und verlangt auch solche Bezahlung, sie setzt also starke Zweifel in die deutsche Währung. Außerdem macht sie das Darlehen davon abhängig, daß die Stadt Berlin den Baugenossenschaften Gage (deutschnational) und Heimat (Gewerkverein) Hauszinssteuer- und Zusagehypothek gibt. Die Reichsanstalt will also einen Druck ausüben, daß Steuergeber diesen Baugenossenschaften zugewendet werden! Wir wünschen, daß bei der Neuregelung der Hauszinssteuer ein soziales Miet- und Wohnrecht geschaffen werde, das die rein formalen Bestimmungen des BGB. mit sozialem Geist durchdringt. Es muß alles getan werden, um die Wohnungsnot zu beseitigen und den Mietern das Wohn- und Mietrecht zu erhalten und im sozialen Sinne auszugestalten.“

Don den nachfolgenden Rednern entwickelte der Volksparteier Winnefeld eine recht sonderbare Logik. Er stellte zwar fest, daß „die Neubauwohnungen in Berlin unter schamlosem Wucher vermietet werden“, die Deutsche Volkspartei sei aber gegen den sozialdemokratischen Antrag, auch die Neubauwohnungen der Zwangswirtschaft zu unterstellen. — Damit bewies Herr Winnefeld, daß die Deutsche Volkspartei die gleiche Fraktion Drehscheibe ist wie sie ihre Mutter, die Nationalliberale Partei, war.

Reichs- und Staatsarbeiter

Die Landeskongress der sächsischen Verwaltungsarbeiter am 28. April in Chemnitz nahm zunächst den Bericht des Wirtschaftsbezirksleiters Preißler über die Lohnbewegung der sächsischen Verwaltungsarbeiter entgegen. Am 26. Februar wurde der bestehende Lohnvertrag zum 31. März gekündigt und der Regierung u. a. die Forderung überreicht, die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter an diejenigen der sächsischen Gemeindeführer anzugleichen. Ueber diese Forderung wurde am 12. April verhandelt. Der Regierungsvertreter Schulze erklärte im Auftrage der Regierung, daß eine unterschiedliche Bezahlung schwer gerechtfertigt werden könne, daß aber der Staat mehr Rücksicht auf die Reichsarbeiter als auf die Gemeindeführer nehmen müsse, weil Sachsen finanziell abhängig von der Entscheidung der Reichsregierung sei. Bevorzugte Behandlung der sächsischen Staatsarbeiter bedeute eine Gefahr bei der Regelung des Finanzausgleiches. Da das Reich und auch der preussische Staat ihre Lohnverhandlungen wegen der Reparationsverhandlungen verlagert haben, sei es für die Regierung zurzeit dringend geboten, auf die Reichsverwaltungen Rücksicht zu nehmen und einen Vorschlag für die Neuregelung der Staatsarbeiterlöhne nicht eher zu unterbreiten, bevor nicht bei der Reichsverwaltung die Lohnbewegung abgeschlossen sei. Von der Organisation wurden damit die Lohnverhandlungen als gescheitert betrachtet und nach der Erklärung der Regierung, daß sie sich für die eventuelle Ueberreichung eines Vorschlages noch eine Woche Frist erbittet, vorsorglich der Schlichtungsausschuß angerufen. Nach Ablauf der vereinbarten Frist teilte das Ministerium des Innern mit, daß es ihm auch nach erneuter Prüfung nicht möglich sei, ein Angebot auf Erhöhung der Löhne zu machen. Die Entscheidung darüber müßte der Sächsische Staat solange aussetzen, bis auch das Reich zu einem Ergebnis gekommen sei. In dem Schreiben der Regierung wurde erneut auf den Finanzausgleich hingewiesen und u. a. herausgestellt, daß die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter vielfach erheblich höher seien als die der Reichsarbeiter und der preussischen Staatsarbeiter. Preißler wies nunmehr darauf hin, daß auf die Regelung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter politische Konstellationen nicht ohne Einfluß seien, vor allen Dingen wirkte sich die an den Geist der Neuzeit noch nicht angepaßte Geheimratsbureaucratie sehr unheilvoll auf die sozialen Verhältnisse dieser Arbeitergruppen aus. Niemand könne ableugnen, daß beispielsweise Dormmüller von der Reichsbahn eine der mächtigsten Persönlichkeiten in Deutschland sei. Pflicht der Arbeiterschaft sei es, mit diesen Verhältnissen Schluß zu machen. Für die Staatsarbeiter seien ein gutes Beispiel die sächsischen Gemeindeführer, die auch einmal ihre ganze Existenz einsetzten, wenn die Gegenseite nicht gewillt sei, ihren wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Immer mehr müßten die Staatsarbeiter erkennen, daß in den Parlamentswahlen auch ein Mittel vorhanden sei zur Durchsetzung der Regierungsstufen mit sozialem Geiste. Das wichtigste aber bei dem Streben nach vorwärts sei die Stärkung der Gewerkschaftsmacht. Auch die Staatsarbeiter dürfen schließlich nicht davor zurückschrecken, durch Einsetzung ihrer Existenz sich ein besseres Dasein zu erkämpfen. In der Diskussion stellte Kollegin Pietzsch, Dresden, mit Bedauern fest, daß vielfach die Frauen gegenüber ihren Dienststellen mehr Rückgrat aufweisen als die Männer. Sie richtete deshalb an die letzteren die Aufforderung, mehr Mut, Tatkraft und Entschlossenheit aufzubringen und sich der Teilnehmerschaft an der großen Gewerkschaftsbewegung würdig zu erweisen. Im Schlußwort mahnte Preißler, nun dafür zu sorgen, daß keine Widersprüche zwischen Reden und Handeln entstehen; die Gestaltung ihres Schicksals müßte die organisierte Arbeiterschaft zielbewußt in die Hände nehmen. Einstimmig wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die Konferenz ist mit den bisherigen Schritten der Landestarifkommission und der Bezirksleitung einverstanden. Insbesondere billigt sie die bereits erfolgte Anrufung des Schlichtungsausschusses. Sie erwartet, daß der Schlichtungsausschuß ungehäumt den Verhandlungstermin anberaumt. Von der sächsischen Staatsregierung aber fordert die Konferenz, daß sie sich bei ihrer Entscheidung nicht nur von finanzpolitischen Gesichtspunkten leiten läßt, sondern die wirtschaftlichen Bedürfnisse der sächsischen Staatsarbeiter in den Vordergrund stellt. Die sächsische Staatsregierung möge bedenken, daß nur eine auskömmlich bezahlte Arbeiterschaft leistungsfähig ist und mit Lust ihre Arbeitspflichten erfüllt. Eine schlecht entlohnte Arbeiterschaft leistet wenig, und deshalb ist es eine verkehrte Sparbarkeit, die Löhne der Arbeiter niedrig zu halten. Die Konferenz ermächtigt die Landestarifkommission und die Bezirksleitung, alle diejenigen Maßnahmen

zu treffen, die geeignet sind, die Lohnbewegung zu einem baldigen gezielten Abschluß zu bringen.

Anträge, die sich mit der Neuregelung des Lohntarifes befaßten, wurden der Landestarifkommission als Material überwiesen. — Sodann berichtete Bezirksleiter Preißler über die eventuelle Eingliederung der Rentenzuschußkasse der sächsischen Verwaltungsarbeiter in die Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder. Wiederholt habe sich die Regierung mit der eventuellen Abänderung der Satzungen der Rentenzuschußkasse beschäftigt. Sie sei dabei aber immer zu der Ueberzeugung gekommen, die Reichsregelung abzuwarten. Diese ist erfolgt und nunmehr ist festzustellen, daß die Rentenzuschußkasse und die Zusatzversicherungsanstalt erheblich voneinander abweichen, während bei der Rentenzuschußkasse reichsgefällige Rente und Zusatzrente 100 Proz. des Dienststeinkommens erreichen können, dürfen beide Renten bei der Zusatzversicherungsanstalt 80 Proz. des Einkommens nicht überschreiten. Auch der Lohnstufenaufbau ist in beiden Einrichtungen verschieden. Nach eingehenden Berechnungen, die sowohl von der Regierung als auch von der Wirtschaftsbezirksleitung vorgenommen wurden, ist festzustellen, daß die Mehrzahl der sächsischen Verwaltungsarbeiter in die Zusatzversicherungsanstalt höhere Beiträge entrichten müßten und dafür vielfach noch niedrigere Renten bekommen würden. Die bei der Rentenzuschußkasse erworbenen Ansprüche würde das Reich nur bei Bereitstellung einer ziemlich hohen Prämienreserve übernehmen. Für die Staatsarbeiter ist aber die Beteiligung an dieser Prämienreserve gänzlich unmöglich. Jedoch auch die Satzungen der Rentenzuschußkasse bedürfen dringend der Abänderung. Eine Anpassung an das System der Zusatzversicherungsanstalt des Reiches dürfte zweckmäßig sein. — In der Debatte wurde auf verschiedene Gruppen hingewiesen, für die die Herausnahme aus der Rentenzuschußkasse zweckmäßig sei. Die Konferenz erteilte der Wirtschaftsbezirksleitung den Auftrag, von der Regierung die Abänderung und Neuaufstellung der Satzungen der Rentenzuschußkasse zu verlangen und die Vorstandsmitglieder der Kasse über die vorzunehmenden Schritte zu informieren. Weiter wurde die Wirtschaftsbezirksleitung beauftragt, gegebenenfalls einen Antrag auf Einführung der freiwilligen Mitgliedschaft zu stellen.

Konferenz der Reichswasserstraßenarbeiter des Bezirks Nordwest in Hamburg. Am 28. April 1929 tagten im Hamburger Gewerkschaftshaus die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Reichswasserstraßenarbeiter des Bezirks Nordwest (Wasserkante). Auf der Konferenz waren die Gaue Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg durch 22 Filialverwaltungen mit insgesamt 52 Delegierten vertreten. Außerdem waren die Wirtschaftsbezirksleitungen Hamburg, Hannover und Brandenburg mit 4 Delegierten und die Gauleitungen Bremen und Mecklenburg mit 2 Delegierten vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Stetter erschienen. — Ueber den Abschluß des neuen (SCDD) Tarifvertrages der Reichswasserstraßenarbeiter berichtete Kollege Schütt von der Bezirksleitung Nordwest. Er führte aus, daß es bei den Tarifverhandlungen in erster Linie sich dafür einzusetzen galt, die geplanten Verschlechterungen in sozialer und materieller Hinsicht abzuwehren und daneben den Versuch zu unternehmen, Verbesserungen für die Reichswasserstraßenarbeiter in dem neuen Tarifvertrag mit zu verankern. Kollege Schütt konnte den Beweis antreten, daß in den fast auf ein Jahr ausgedehnten Verhandlungen die daran beteiligte Arbeiterschaft nichts von den sozialen und materiellen Bestimmungen des Tarifvertrages verloren hat, im Gegenteil sind manche neue Verbesserungen aufgenommen worden. Die Behandlung des gesamten Tarifvertrages gab der Konferenz einen Einblick in die schwierige Tätigkeit der Verhandlungskommission, was auch durch Worte der Anerkennung aus der Konferenz heraus zum Ausdruck gebracht wurde. Die nachfolgende Diskussion zeigte, daß die Konferenz in ihrer Gesamtheit die Tätigkeit der Verhandlungskommission billigte und würdigte, wenn auch nicht alle Wünsche der Reichswasserstraßenarbeiter beim Abschluß dieses Tarifvertrages erfüllt werden konnten. — Ueber „Organisations- und Lohnfragen“ sprach dann Kollege Stetter. Sein Bericht ließ erkennen, daß die Verschmelzungsverhandlungen mit dem Deutschen Verkehrsbund reibungslos fortschreiten, so daß voraussichtlich schon am Ende dieses Jahres die neue Großorganisation der Arbeitnehmer aller öffentlichen Betriebe und Verwaltungen verwirklicht werden wird. Zur Lohnfrage der Reichsarbeiter berichtete Kollege Stetter ausführlich über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit den einzelnen Ministerien- und Parlamentsvertretern und erklärte, daß diese Lohnbewegungen stark von staatspolitischen Gründen beeinflusst werden. Unerklärlich bleibt für alle Reichsarbeiter, warum ihre beschiedenen Lohnforderungen die Pariser Reparationsverhandlungen so entscheidend beeinflussen sollen, während der Etat wesentlich höhere Summen für Dinge vorsteht, die bestimmt einen ungünstigeren Eindruck auf die Pariser Verhandlungen machen

können, wie eine notwendige Lohnerhöhung der Reichsarbeiter. In diesem Zusammenhang sei nur an den Panzerkreuzer wie überhaupt an den Etat des Reichswehrministeriums erinnert. Auch die Lohnfragen der Reichsarbeiter sind Machtfragen, die am besten nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn sich die Reichsarbeiter auf starke Gewerkschaften stützen können. Aufgabe aller Reichsarbeiter für die Zukunft muß es sein, sich nur in den dafür zuständigen freien Gewerkschaften zusammenzuschließen. Uebergehend auf die neu hinzugekommene Lohnbewegung der Reichswasserstraßenarbeiter stimmte die Konferenz einstimmig der folgenden Entschließung zu:

„Die am 28. April 1929 in Hamburg tagende Konferenz der im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Reichswasserstraßenarbeiter erwarten anlässlich der eingeleiteten Lohnbewegung von der Reichsregierung, insbesondere aber vom Reichsfinanz- und vom Reichsverkehrsministerium, daß diese Körperschaften der wirtschaftlichen Notlage der Reichswasserstraßenarbeiter das notwendige Verständnis entgegenbringen und endlich einmal die Löhne den wirklichen Teuerungsverhältnissen anpassen. Bei der Lohnfestsetzung für die Reichsarbeiter sind die Befolgungsfähigkeit der vergleichbaren Reichsbeamten und die Löhne der Kommunalarbeiter als Vergleich heranzuziehen. Die der Konjunktur unterliegenden Löhne der Privatindustrie bieten keinen Vergleichsmaßstab für eine Lohnfestsetzung der Reichsarbeiter. Die Konferenz ist sich darüber klar, daß bei einer gleichmäßigen Steigerung der Löhne der Reichswasserstraßenarbeiter die örtlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt werden können, was jedoch besonders an der Wasserkante im Hinblick auf die Löhne des Hamburger Wirtschaftsgebietes dringend erforderlich ist und anzustreben ist. Die Konferenz erwartet deshalb von den Spitzenorganisationen, daß diesen besonderen Verhältnissen an der Wasserkante auch durch eine besondere Lohnregelung Rechnung getragen wird. Die Reichswasserstraßenarbeiter werden sich dieses Mal nicht mit wochenlangen „Erwägungen“ und letzten Endes mit einer Ablehnung ihrer Forderungen abspesen lassen, sondern sie sind sich dieses Mal ihrer Kraft und Verantwortung im Gebiet der Nord- und Ostsee und am Nordostkanal vollkommen bewußt, um im gegebenen Augenblick ihren durchaus berechtigten Lohnforderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. — Die Konferenz bringt zugleich den übrigen in der Lohnbewegung stehenden Reichsarbeitern ihr Solidaritätsgefühl zum Ausdruck mit der Erklärung der moralischen und tatkräftigen Unterstützung bei jeder Aktion, welche geeignet erscheint, die Lebenslage der gesamten Reichsarbeiter zu verbessern.“

Die Zusammensetzung der Bezirksbetriebsräte und des Hauptbetriebsrats wurde gebilligt. Ein Antrag der Filiale Bremen wurde angenommen, der für die Haupt- und Bezirksbetriebsräte der Reichs- und Staatsbehörden eine zweijährige Amtsperiode verlangt. — Ein Antrag, der kommunalistischen „Hamburger Volkszeitung“ einen Bericht der Konferenz zur Veröffentlichung zu übermitteln, wurde von der Konferenz nach einer kurzen Darlegung der gewerkschaftschädigenden Tendenz der gesamten KPD-Presse mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Konferenz beschloß ferner, die nächste Tagung der Reichswasserstraßenarbeiter von der Wasserkante in Bremen abzuhalten.

Landstraßenwärter

Die Obmännerkonferenz der sächsischen Staatsstraßenarbeiter am 27. April in Chemnitz nahm den Bericht des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats, Kollegen Hernitz, Liebertwolkwitz, über die Tätigkeit des Gesamtbetriebsrats entgegen. Der Gesamtbetriebsrat hatte sich wiederholt mit Verbesserungsanträgen zur Schutzkleidung zu befassen. Wiederholte Verhandlungen machten sich bei dem Bestreben, Sommer- und Winterarbeitszeit einander anzugleichen, nötig. Nach Fällung des Schiedsspruches mußte auf verschiedene Bauämter zwecks Durchführung des Schiedsspruches eingewirkt werden. Weiter beschäftigte sich der Gesamtbetriebsrat mit der Regelung der Mittagspausen, wobei eine Verlängerung durch Ausschluß eines Weges zwischen Arbeitsstätte und Aufenthaltsraum erzielt wurde und mit der Frage der Unterbringung der Arbeitsgeräte bei Arbeitszeitabschluß. Der Gesamtbetriebsrat hatte sodann Stellung zu nehmen zu verschiedenen Anträgen, die aus dem Kreise der Kollegen eingegangen waren, insbesondere zu der Frage der Zulagen der verpflichteten Bearbeiter und der Forststraßenwärter. — In der Aussprache wurden Klagen darüber laut, daß von den Bauämtern und den Amtsstraßenmeistern die Anweisungen und Verordnungen der Regierung nicht rechtzeitig und mitunter überhaupt nicht durchgeführt werden, soweit es sich um Interessen der Staatsstraßenarbeiter handelt. — Für die im August neu vorzunehmende Wahl des Gesamtbetriebsrates wurden als Kandidaten in Vorschlag gebracht Bernhard Heinich, Liebertwolkwitz, für die Kreishauptmannschaft Leipzig, Willig Hommerl, Lausitz, für die Kreishauptmannschaft Dresden, Otto Glauß, Döbeln, Willig Voigt, Chemnitz, für die Kreishauptmannschaft Chemnitz und Erhardt Müller, Klingenthal i. V. für die Kreishauptmannschaft Zwickau. Als Ersatzmänner wurden vorgeschlagen: Für Heinich Hermann Koch, Lindenthal; für Hommerl Paul Wauer, Löbau; für Glauß Richard Wolf, Polditz bei Leisnig; für Voigt Max Dehald, Kretscham Rotten-Sehma und für Müller Artur Müller, Waldenburg. — Geuleiter M e n d e, Dresden,

referierte dann über die Durchführung tariflicher Bestimmungen und der Zusatzvereinbarungen. Nachdem er kurz die Bedeutung des Tarifrechtes, des Betriebsrätegesetzes, der Schlichtungsverordnungen und des Arbeitsgerichtsgesetzes dargelegt hatte, erläuterte er die wichtigsten Bestimmungen des Tarifvertrages für die sächsischen Verwaltungsarbeiter. Weiter nahm er zu den im vergangenen Jahre erlassenen Verordnungen und Vereinbarungen Stellung, die mit den Zusatzvereinbarungen für die Staatsstraßenarbeiter im Zusammenhang stehen. Er richtete an die Obleute die Mahnung, für die Durchführung aller Bestimmungen Sorge zu tragen und vor allen Dingen sich zu bemühen, daß die Front der Staatsstraßenarbeiter immer geschlossener werde. — Geuleiter Schuchardt, Leipzig, wies auf die Bedeutung der Unabhängigkeit der tariflichen und lohnpolitischen Regelung vom Reich und vom preussischen Staat hin. Die mit der sächsischen Regierung getroffenen Zusatzvereinbarungen seien so klar und deutlich, daß grundsätzlich keine Irrtümer darüber aufkommen dürfen. Wenn die Staatsstraßenarbeiter und besonders ihre Obleute selber für Einhaltung aller Vereinbarungen Sorge trügen, dann seien sie gegen falsche Behandlung durch die Bauämter geschützt. — Ein Antrag auf Neuformulierung der Kilometergelder wurde der Tarifkommission überwiesen, ein Antrag auf Neuregelung der Fahrradentschädigung dem Gesamtbetriebsrat. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Schutzkleidung bei Teuerungsarbeiten und ähnlicher Beschäftigung beizubehalten. Ebenso wurde mit Mehrheit die Abschaffung des Akkordsystems bei den Schüttungsarbeiten beschlossen.

Aus unserer Bewegung

Ansbadh. In der gut besuchten Quartalsversammlung am 13. April gab Kollege Laudenbach einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Filiale und des Kartells im letzten Vierteljahr. Er wies auf die Notwendigkeit hin, jetzt schon Vorarbeiten zu leisten für die kommenden Gemeindevahlen.

Halle a. d. S. Unter außerordentlich starker Beteiligung der Vertreter fand am Sonnabend, dem 20. April 1929, eine wichtige Vertreterversammlung im Volkspark statt. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege F l ü c h t. Er wies darauf hin, daß vor allen Dingen im 1. Quartal innerhalb der gesamten Mitgliedschaft eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet war und daß uns die Betriebsräteahlen auch in diesem Jahre wieder einen starken Fortschritt gebracht haben, was die demnächst erscheinenden Veröffentlichungen beweisen werden. Schon heute kann festgestellt werden, daß in Halle in fast keinem Betrieb ein gegnerischer Kandidat bei den Betriebsräteahlen gewählt wurde. Die im März stattgefundenen Werbeweche war für die Gesamtorganisation ebenfalls ein nennenswerter Erfolg. Es wurden etwa 150 Mitglieder neu gewonnen. Die gesamte Mitgliederzahl konnte auf 2700 erhöht werden. Weiter wurde berichtet, daß die gesamten Tarife, die im Geltungsbereich der Staats- und Gemeindefahrer liegen, gekündigt worden sind und daß augenblicklich die Verhandlungen für die Reichs- und Staatsbetriebe schweben, die sich außerordentlich schwierig gestalten. Der Kollege F l ü c h t, der als Geuleiter nach Bremen geht, schied mit dem 1. Mai von Halle. Als Nachfolger wurde einstimmig der Kollege Frig F e r c h - l a n d t gewählt. Weiterhin wurden noch verschiedene wichtige Organisationsmitteilungen bekanntgegeben. Die starke Diskussion zeigte das erfreuliche Zusammenstehen aller Funktionäre und Mitgliedschaften, so daß auch für die Zukunft die Werbekraft nicht erlahmt und daß wir zu den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen eine außerordentlich geschulte Mitgliedschaft hinter uns haben.

Leipzig. In der Quartalsversammlung erstattete Kollege Biach den Geschäftsbericht. Die Lohnbewegung der Gemeindefahrer ist mit einem Ergebnis abgeschlossen, das zum mindesten nicht schlechter ist, als die bisherigen Resultate der Lohnbewegungen im Reich. Dabei ist es sehr interessant, daß gerade in solchen Filialen mit oppositionellen Mehrheiten der Ortsverwaltungen bei der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis Dreiviertelmehrheiten für Annahme erreicht worden sind. Anders bei der Lohnbewegung der Staatsarbeiter. Die Verhandlungen mit der Regierung des Sachsenlandes sind gescheitert. Unter Beachtung der gewerkschaftlichen Verhältnisse der sächsischen Staatsarbeiter soll nunmehr der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Berichtete wurde weiter über die vom Rat der Stadt Leipzig beabsichtigte Ueberführung der Dauerangestellten ins Beamtenverhältnis, die Revision des RUG., Gemeindefahrer, Invalidentenunterstützungskasse des Verbandes, Verschmelzungsverhandlungen usw. Zum Schluß kam der Referent auf die von der Ortsverwaltung beantragte und vom Verbandsvorstand beschlossene Ausschließung mehrerer Kollegen aus dem Verband wegen Disziplinbruch bei den Betriebsräteahlen zu sprechen. — In der Aussprache gelang es der sogenannten Opposition nicht, die Versammlung zu überzeugen, daß der Verstoß gegen gewerkschaftliche Grundsätze im Interesse der organisierten Arbeiterschaft gelegen habe. Ein Antrag auf Rechtfertigung der Haltung der ehemaligen Kollegen und

Wiederaufnahme in den Verband wurde mit größter Mehrheit abgelehnt. Der Arbeit der Ortsverwaltung ist damit die Billigung der Generalversammlung ausgesprochen worden.

Schaf. In der Quartalsversammlung am 19. April gab Kollege Heßlich den Kasfenbericht vom ersten Quartal. Kollege Müller übermittelte ihm den Dank der Filiale für seine zehnjährige Tätigkeit innerhalb des Verbandes infolge seiner Amtniederlegung. Nach dem Vortrag vom Kollegen Zeiterich über Unfallversicherung wurden noch einige lokale Fragen besprochen.

Gshersleben (Bode). In der Gemeindegewerkschafterversammlung am 15. April referierte Kollege Silberg von der Wirtschaftsbetriebsleitung Mitteldeutschland über die Einführung der Invalidenunterstützungskasse in unserem Verbandsgebiet. — Die anschließende rege Diskussion zeugte von dem großen Interesse, das auch diesem neuen Zweig der Verbandstätigkeit entgegengebracht wird. Die Einführung der Invalidenkasse fand allgemeine Zustimmung.

Rundschau

Schafft Kleinwohnungen! Der Bau von Kleinwohnungen ist die wichtigste Aufgabe, die der Wohnungsbau gegenwärtig zu erfüllen hat. Bei den hohen Mietpreisen der Neubauwohnungen ist es unmöglich, daß der kleine Beamte, Angestellte und Arbeiter eine Wohnung mit mehreren Zimmern mieten kann. Was bisher auf dem Gebiete des Wohnungsbaus geleistet wurde, ist nicht ausreichend, eine fühlbare Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt zu bringen. Aus den bisherigen Erhebungen über den Wohnungsbau ist ersichtlich, daß etwa 85 Proz. der hergestellten Wohnungen Kleinwohnungen sind. Hierbei dürfte aber nicht übersehen werden, daß der Hauptanteil der Kleinwohnungsbauten auf die kleinen und mittleren Gemeinden entfällt. In den Großstädten ist der Anteil der Kleinwohnungen an dem Gesamtwohnungsbau erheblich geringer. Von 22 147 in den deutschen Großstädten hergestellten Wohngebäuden waren nur 14 000 Wohnungen mit 1 bis 2 Zimmern. Die übrigen Wohngebäude enthielten Wohnungen mit 3, 4 und 5 Zimmern. Im Jahre 1928 beträgt der Anteil der Kleinwohnungen an dem Gesamtwohnungsbau in den Großstädten nur etwa 50 Proz. Unter diesen Umständen kann nicht damit gerechnet werden, daß die Wohnungsnot gemildert wird. Nach dem Berichte des Instituts für Konjunkturforschung beziffert sich der jährliche Zuwachsbedarf an Wohnungen bis zum Jahre 1935 auf 250 000, von 1936 bis 1940 auf 190 000. Hieraus ist ersichtlich, daß der Wohnungsbau erheblich mehr gesteigert werden muß. Um den Zuwachsbedarf zu decken, müßte demnach zum mindesten die Zahl von Wohnungen errichtet werden, die den Zugang aufheben. Aus wiederholten Berechnungen geht hervor, daß im Jahre mindestens 300 000 Wohnungen hergestellt werden müßten, wenn die Wohnungsnot kein Dauerzustand bleiben soll. Vor allen Dingen ist zu fordern, daß die Hauszinssteuer ganz zum Wohnungsbau verwendet wird. Wenn zum Beispiel von 10,81 Mk. Hauszinssteuereinkommen je Kopf der Bevölkerung in Thüringen nur 1,25 Mk. für den Wohnungsbau verwendet werden, so ist das ein Zustand, der zur Kritik herausfordert. Aus einer Aufstellung, die die Zeitschrift „Zement“ gebracht hat, ist zu ersehen, daß je kleiner das Land ist, um so weniger wird von dem Hauszinssteuereinkommen für den Wohnungsbau verwendet. In Braunschweig von 9,96 Mk. je Kopf der Bevölkerung 1,59 für den Wohnungsbau, in Mecklenburg-Schwerin von 9,79 Mk. nur 2,37 Mk. Der einzige Staat, der mehr als 50 Proz. des Hauszinssteuereinkommens für den Wohnungsbau hergibt, ist Preußen. Auch in Baden ist der Prozentsatz wesentlich höher als in den übrigen Freistaaten. Die Kleinwohnung ist gewiß kein idealer Zustand. Aber es ist immerhin noch besser, eine Wohnung zu haben als gar keine. Man hat errechnet, daß bei geringerem Bau von Großwohnungen in den letzten 2½ Jahren mindestens 150 000 Kleinwohnungen mehr hergestellt werden konnten. Die Verordnung über die Hauszinssteuer läuft in Preußen am 31. März 1929 ab. Sie soll bis zum 31. März 1930 verlängert werden. Es muß erwartet werden, daß dann eine bessere Regelung Platz greift, nach der die Hauszinssteuer voll und ganz dem Wohnungsbau zugute kommt.

Legung des Vertrages außerordentlich teuer zu stehen kommt. In neuerer Zeit sind diese in Deutschland hauptsächlich von 1925 bis 1927 gegründeten Konventionen ins Wanken geraten, die Mitglieder brechen aus, sie erklären, daß sie bei den Konventionsbedingungen Pleite machen müssen. Das kommt daher, weil die Konventionspreise viel zu hoch festgesetzt werden, so daß die vom Ausland nach Deutschland hereingebrachte Ware trotz der Zölle billiger ist als die deutsche. Auch gehören viele deutsche Firmen, selbstverständlich auch die Konsumgenossenschaften, diesen Konventionen nicht an, sie können und verkaufen billiger als die Konventionsmitglieder. Bei der wachsenden Konkurrenz, die in der kapitalistischen Profitwirtschaft notwendig ist, weil dadurch die Ware billiger werden muß, die Konventionen entweder die Preise senken oder die Außenseiter zum Beitritt bewegen, damit die Konkurrenz verschwindet. Das war aber wohl noch vor zwei Jahren möglich, nicht aber heute, wo der Beitritt nicht mehr vor den wachsenden billigeren Angeboten aus dem Auslande schützt. Aus diesen Gründen sind in letzter Zeit eine ganze Reihe von Konventionen gekündigt worden. Die Tuch- und die Kunstseidenkonventionen bestehen nur noch dem Namen nach, selbst die vorhandene, durch Austritte sehr geschwächte Mitgliederzahl hält sich nicht mehr an die Bestimmungen. Das Westdeutsche Zement Syndikat hat seine Konvention nur noch mit Mühe und Not bis zum 31. Dezember 1929 verlängern können. Das Ostelbische Braunkohlensyndikat hat die Konventionalstrafe auf 6 Mark pro Tonne Briketts festgesetzt, um so die Einhaltung der Bestimmungen zu erzwingen. Und im europäischen Schienenkartell ist es über die den einzelnen Ländern zugebilligte Ausfuhrquote zu schweren Differenzen gekommen. Die Preise werden von den Konventionen ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung festgesetzt. Sie bringen einen anständigen Gewinn, stürzen aber die breite Masse in Not und Elend. Bei den Konventionspreisen halten sich auch solche Unternehmen über Wasser, die schlecht geleitet werden, und die breiten Käuferschichten sind die Leidtragenden, indem sie einen viel zu hohen Preis zahlen müssen.

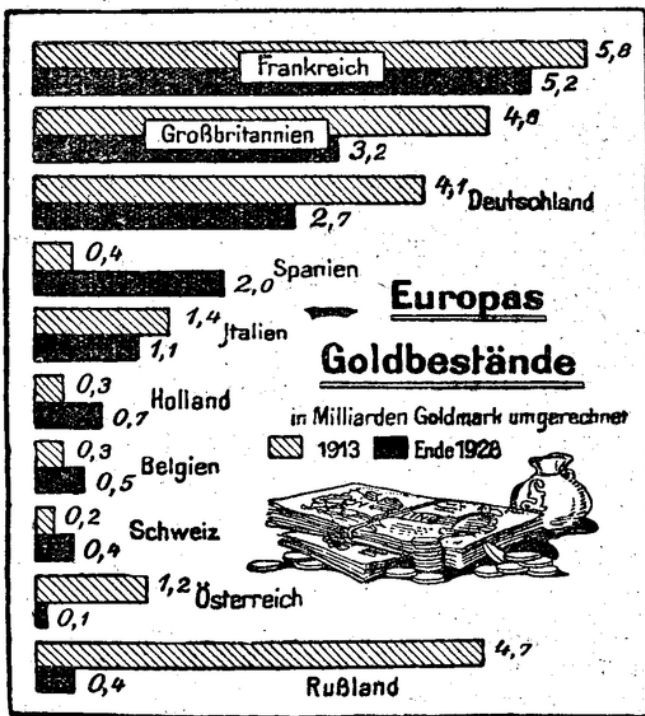
E. U.

Zahlen statt Städtenamen. Der Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung beim „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit“ hat soeben nach jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit ein Werk fertig gestellt, das für die Entwicklung Deutschlands und zugleich der anderen Länder von größter Tragweite ist. Deutschland ging allen anderen Ländern in der Durchführung des Bestrebens voran, eine einheitliche und allgemeine Ortsnumerierung zur Ergänzung der deutschen Ortsnamen durchzuführen. Natürlich werden die Ortsnamen der Städte und Dörfer nicht ausgelöscht, sondern die Zahlen, die für sie gewählt sind, sollen in erster Reihe zur Vereinfachung des Verkehrs und zur Erleichterung der Arbeit auf den verschiedensten Gebieten der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Arbeit führen und aus diesem Grunde haben sich auch Vertreter der Reichsbahn, der Reichspost, der Großbanken und anderer amtlichen Stellen an der Herstellung dieses Werkes beteiligt, das zum erstenmal ein ganzes Reich erfasst. 90 000 deutsche Städte haben nun ihre nach einheitlichen Grundsätzen gewählte Bezeichnung erfahren, die in systematischer Form ganze Bezirke von Städten erfasst. Während die Namen der einzelnen Ortschaften keine Möglichkeit gewähren, aus ihnen gemeinsame wirtschaftliche oder politische Grenzen zu erkennen, sind die Zahlen für die einzelnen Plätze so gewählt worden, daß sich daraus mit Leichtigkeit auf den ersten Blick der Zusammenhang bestimmter Ortsgruppen ergibt. Ein kurzer Hinweis auf das System der Zahlenbezeichnung für die Städte wird sofort klar werden lassen, worin der große Fortschritt besteht. Für die Zwecke der Ortsnumerierung wurde zunächst das Gebiet des Deutschen Reiches in neun Hauptbezirke geteilt, die gewissermaßen einzelne große Wirtschaftsprovinzen darstellen, da die Gruppierung der Städte nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten erfolgte. Deutschland zerfällt in folgende neun Wirtschaftsprovinzen von denen jede einzelne eine besondere Nummer hat, die zugleich die Ortsnummer des wirtschaftlich bedeutendsten Ortes des Hauptbezirks ist: Berlin mit der Ortsnummer 1, Hamburg 2, Köln 3, Frankfurt a. M. 4, Stuttgart 5, München 6, Leipzig 7, Breslau 8, Königsberg 9. Jeder Hauptbezirk gliedert sich wieder in neun Unterbezirke mit zweistelligen Bezirksnummern. Die erste Zahl jedes Unterbezirks und jedes Ortes, der in der betreffenden Hauptprovinz liegt, ist immer die Zahl der Hauptprovinz, so daß man sofort erkennen kann, in welchem großen Wirtschaftsbezirk ein Ort gelegen ist. So ist zum Beispiel Königsberg die Hauptstadt der 9. Wirtschaftsprovinz und führt die Zahl 9. Zu den Unterbezirken gehört zum Beispiel Tilsit, das die Zahl 91 hat. Das bedeutet, daß Tilsit Unterbezirk 1 des Hauptbezirks 9 ist. Elbing hat die Bezirksnummer 96, liegt also im Hauptbezirk 9 Unterbezirk 6. Preußisch-Holland zeigt mit seiner Zahl 963, daß es zum Hauptbezirk 9 und zum Unterbezirk 6 (Elbing) gehört. Ähnliches gilt für andere Provinzen. Liegnitz hat die Zahl 83, gehört also zum Bezirk Breslau mit 8 und ist dort dritter Unterbezirk. Bremen hat die Zahl 21, gehört zum Bezirk Hamburg 2, ebenso wie Kiel mit der Zahl 23. Hannover mit der Zahl 27. Die Wirtschaftsprovinz Nr. 1 ist Berlin. Magdeburg, das die Zahl 17 hat, ist durch diese Kennzeichnung zur Wirtschaftsprovinz Berlin zugehörig und ist hier der 7. Unterbezirk, ähnlicher Weise wie Kottbus mit der Zahl 19. — Der Freistaat Sachsen

Konventionen! Wenn eine Interessengruppe übereinkommt, für eine bestimmte Ware, sei es Kohle oder Stahl, Kunstseide oder Eisen, einen einheitlichen Preis zu nehmen, weder darunter noch darüber zu verkaufen, so hat sie eine Konvention abgeschlossen. Damit der Preis eingehalten wird und um zu verhindern, daß kein Mitglied der Gruppe aus der Reihe tanzt, wird für Uebertretung der Bestimmungen eine Strafe festgesetzt, die Konventionalstrafe, die verschieden hoch ist, aber meistens so hoch, daß die Ver-

hat die Zahl 7, die für die Stadt Leipzig gilt. Dresden hat die Zahl 73, ist also der 3. Unterbezirk in dieser Hauptprovinz, und Chemnitz ist der 7. Unterbezirk, da Chemnitz die Zahl 77 hat. Plauen hat die Zahl 79 usw. — Für den 6. Bezirk ist München die Hauptstadt mit der Zahl 6. Würzburg hat die Zahl 61 als erster Unterbezirk, Bamberg 62 als zweiter, Nürnberg 64 als vierter, Augsburg 68 als achter. Stuttgart ist die Hauptstadt des 5. Wirtschaftsbezirks mit der Zahl 5. Aus der Zahl 52, über die Mannheim verfügt, geht hervor, daß diese Stadt 2. Unterbezirk ist, und aus der Zahl 534, hinter der sich die Stadt Pforzheim verbirgt, erkennt man, daß diese Stadt zum Hauptbezirk Stuttgart und zum Unterbezirk Karlsruhe mit der Zahl 53 gehört. Der Bezirk 4 ist Frankfurt am Main. Koblenz hat die Zahl 44 und Bonn 442, also gehören alle diese Städte innerlich zusammen. Das gleiche gilt für den Bezirk 3 Köln, und man weiß nunmehr, wohin man Münster mit der Zahl 31 zu verlegen hat, ebenso wie Dortmund mit der Zahl 34, Düsseldorf mit der Zahl 36, Barmen mit der Zahl 38, Elberfeld mit der Zahl 37. Sie gehören alle zum Hauptbezirk Köln, wie überhaupt sämtliche Städtezahlen, die mit einer 3 beginnen. — Nun ist es klar, welche Bedeutung diese wichtige Neuerung für das deutsche Wirtschaftsleben hat. Man kann die Städte in der Karte einfach nach Zahlen ordnen, und der Geschäftsreisende, der einen bestimmten Bezirk zu versorgen hat, erhält den Auftrag, die Städte Nr. 31 bis 319 zu versehen. Er nimmt das Verzeichnis heraus und braucht sich nicht mehr um Landkarten zu kümmern. Auch für den Postbetrieb wird in Zukunft die Nummerierung der Städte von großer Bedeutung sein, besonders wenn es sich um Namen handelt, die vielfach vorkommen, wie zum Beispiel Neustadt und ähnliche. Man wird nun vor die Namen einfach die Nummer setzen, so daß ein Irrtum ausgeschlossen ist. Auch im Telegrammverkehr wird diese neue Methode voraussichtlich in Zukunft sehr fruchtbar werden, denn sie wird eine bedeutsame Ermäßigung der Ausgaben ermöglichen.

Europas Goldbestände. Die sich in der Erhöhung des Reichsbankdiskonts und der starken Nachfrage nach Devisen bemerkbar machenden Folgen der stockenden Reparationsverhandlungen in Paris haben auch den Goldbestand der Deutschen Reichsbank angegriffen. Bis Anfang dieses Jahres trat mit dem Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ein Goldhunger in den meisten europäischen Ländern in Erscheinung, und in den letzten fünf Jahren haben die europäischen Notenbanken ihre stark zusammengeschmolzenen Goldreserven wieder aufgefüllt. Die starke Umgruppierung der Goldbestände innerhalb Europas gegenüber 1913 läßt unsere Statistik deutlich erkennen. Diese Uebersicht der Goldbestände kann man allerdings nicht als Wohlstandsindex betrachten, da die meisten Länder, in erster Linie Deutschland, ihre Goldkäufe mit Hilfe von Auslandsanleihen finanzierten, die hauptsächlich am amerikanischen Kapitalmarkt untergebracht wurden.



Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet eine wirtschaftspolitische Studienreise in das rheinisch-westfälische Industriegebiet vom 9. bis 19. Juni 1929. Er besucht dabei Dortmund, Essen, Bochum, Düsseldorf, Duisburg. Es kommt ihm dabei vor allem darauf an, die industriellen Anlagen dieser Gegend zu studieren. Es werden nicht nur Hüttenwerke besichtigt,

sondern auch Grubenfahrten gemacht, Verwaltungen von Industriekonzernen und der in dem Gebiet sitzenden Gewerkschaften besucht. Die Besichtigungen und Führungen gehen vor sich unter sachkundiger Leitung und werden durch entsprechende Vorträge ergänzt, so daß in dieser Zeit der Teilnehmer an der Fahrt ein anschauliches Bild von der Größe und Bedeutung dieses Industriegebietes bekommt. Die Kosten belaufen sich auf 180 Mk. Anmeldungen zu der Fahrt sind bis zum 20. Mai an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.



SOS der Schnapsfabrikanten. In der Schweiz findet am 12. Mai 1929 eine Abstimmung über die Einschränkung des Alkoholkonsums (insonderheit Schnaps) statt. Unser Bruderorgan „Der öffentliche Dienst“ vom 26. April 1929 bringt eine treffliche Karikatur, die wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten wollen.

„Hilfe, Hilfe! Rettet unser altvaterländisches Getränk, und das Volk vor Abstinenz und Verblödung!“

Verbandsteil

Lehrgänge an der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und der Akademie der Arbeit in Frankfurt (Main).

Am 1. Oktober 1929 beginnen neue Lehrgänge an der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und an der Akademie der Arbeit in Frankfurt (Main). Verbandsmitglieder, die an den Lehrgängen teilnehmen wollen, müssen ihre Bewerbungen bis zum 23. Mai durch ihre Ortsverwaltung an den jeweilig zuständigen Wirtschaftsbezirksleiter richten, von wo aus sie an den Verbandsvorstand weitergeleitet werden.

Dem Gesuch muß beiliegen:

1. Ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf, der Angaben enthalten muß über die persönlichen Verhältnisse, den bisherigen Bildungsgang, die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung.
2. Eine vom Bewerber verfaßte Probearbeit über eines der folgenden drei Themen:
 1. Wie stellen Sie sich zur Frage der Rationalisierung. a) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rationalisierung. — b) Ihr Einfluß auf das geistige Leben des Arbeiters.
 2. Die Organisation meines Betriebes.
 3. Die Sozialpolitik als Selbstverwaltungs- und Staatsaufgabe.

Die Unterstützung der Schüler übernimmt der ADGB. Es werden aufgewandt: — a) Monatliche Aufwandsentschädigung von 175 Mk. b) Fahrgeld vom Wohnort zur Schule. c) Bücherstipendium im Betrage von 90 Mk. d) Erstattung der Krankenkassenbeiträge während der Dauer des Kurfes. e) Uebernahme der Reisekosten für eine einmalige Ferienreise vom Schulort nach dem ständigen Wohnsitz. f) Kosten der Heimreise nach Beendigung des Lehrganges. g) Familienbeihilfe. Sofern der Schüler verheiratet ist, erhält die Frau während der Dauer des Lehrganges eine monatliche Beihilfe von 85 Mk., dazu 30 Mk. Mietbeihilfe, wenn eigener Haushalt vorhanden, insgesamt also 115 Mk. h) Kinderbeihilfe. Falls Kinder unter 15 Jahren vorhanden, für das erste Kind 30 Mk., für ein evtl. zweites und drittes Kind je 20 Mk. monatliche Unterstützung. Der Höchstbetrag für Frau und Kinder beträgt 155 Mk., dazu 30 Mk. Mietbeihilfe, insgesamt also 185 Mk.

Die Kurse dauern bis einschließlich Juni 1930.

Bei den Bewerbungen ist genau zu vermerken, ob die Bewerbung für die Akademie der Arbeit oder für die Wirtschaftsschule gelten soll.

Der Verbandsvorstand.